

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 191

Januar 2012

€ 0,50

Nieder mit der EU! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!



Reuters



AFP

Links: Demo in London, 30. November 2011, Teil von eintägigen landesweiten Streiks gegen Kürzungen. Bis zu zwei Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst beteiligten sich. Rechts: Beschäftigte im Gesundheitswesen demonstrieren in Athen während zweitägigem Generalstreik gegen Sparmaßnahmen, 19. Oktober 2011

Der nachfolgende Artikel wurde von uns für Workers Vanguard, Zeitung der Spartacist/League U.S., geschrieben und erschien in Nr. 992, 9. Dezember 2011. Wir drucken den Artikel hier leicht geändert ab.

Wirtschaftskrise zerreißt Europa

Die sich zuspitzende Wirtschaftskrise in Europa – ein besonders heftiger Ausdruck der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise – wurde im Frühjahr 2010 ausgelöst, als globale Finanzkapitalisten aus Furcht, das schwer verschuldete Griechenland könnte seinen Schuldverpflichtungen nicht mehr nachkommen, griechische Staatsanleihen zu verschmähen begannen. Diese Ängste haben sich seitdem nicht nur auf Portugal und Irland ausgeweitet, sondern auch auf die viel größeren Volkswirtschaften Spaniens und Italiens, die beide Schwierigkeiten haben, ihre Staatsschulden zu refinanzieren. Jetzt droht Frankreich, das zusammen mit Deutschland für die Europäische Union von zentraler Bedeutung ist, eine Herabstufung der Bewertung seiner staatlichen Schuldtitel. Fieberhafte Versuche der EU, neue „Ret-

tungspakete“ auszuarbeiten, wie auch erfolglose Appelle an Brasilien und China, bei einer Rettungsaktion einzusteigen, erwiesen sich als ungenügend. Eine Schlagzeile des Finanznachrichtendienstes Eurointelligence (22. November 2011) beschreibt dies als einen „Zug-Zusammenstoß in Zeitlupe“ von Euro, Eurozone (bestehend aus den 17 Ländern der EU, die den Euro als Gemeinschaftswährung benutzen) und möglicherweise der EU selbst.

Angste vor einer sich ausbreitenden „Kreditklemme“ in Europa haben die internationalen Finanzmärkte verunsichert und drohen die Weltwirtschaft in einen neuen größeren Abschwung zu treiben. US-Banken haben ihre Bestände an europäischen Staatsanleihen reduziert, während amerikanische Geldmarktfonds europäischen Banken den Kredit hahn zugedreht haben. Das zwang Banken in Europa, die Kreditvergaberichtlinien enger zu ziehen, zur Stützung ihrer Bilanzen Kapitalrücklagen zu bilden und sich aus der langfristigen Kreditvergabe zurückzuziehen. In der Hoffnung, so die Anleihenmärkte zu beruhigen, verpflichten sich Regierungen zu immer härteren Sparmaßnahmen. Das Endergebnis ist „eine Kreditklemme und ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die Europa in eine Rezession treiben“ (*Economist*, 26. November 2011). Im September brachen die Industrieaufträge in der Eurozone um 6,8 Prozent ein, der steilste Rückgang seit dem Dezember 2008.

Während sich bürgerliche Politiker in Deutschland

anfänglich weigerten die Möglichkeit einer Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zuzugeben, aus Furcht, dies könnte den Euro destabilisieren, droht die deutsche Kanzlerin Angela Merkel jetzt offen damit, Griechenland aus der Eurozone auszuschließen. Am 5. Dezember veröffentlichten Deutschland und Frankreich ihren ersten gemeinsamen Aufruf zur Abänderung des EU-Vertrags, um eine größere Zentralisierung bei der Aufsicht der Eurozone und zusätzliche Strafen für Länder, die die Regeln der „Haushaltsdisziplin“ verletzen, einzuführen.

In den letzten Wochen sahen sich Regierungen, die als nicht eifrig genug bei der Durchsetzung kapitalistischer Sparmaßnahmen erachtet wurden, kurzerhand der Macht enthoben. In Griechenland wurde Premierminister Georgios Papandreou von der bürgerlichen Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK), dessen Popularität bei einer über die Kürzungen aufgebrauchten Bevölkerung dahinschwand, durch einen politischen Coup abgesetzt. Dieser wurde von den EU-Führern und von Kontrahenten im eigenen Land, darunter auch von Mitgliedern seiner eigenen Partei, organisiert, nachdem Papandreou eine Volksabstimmung über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorgeschlagen hatte. Die neue Regierung, der jetzt die größte Oppositionspartei, Nea Dimokratia, wie auch PASOK und die kleine, von Faschisten durchsetzte Organisation LAOS angehören, hat sich dazu verpflichtet, das Austeritätsprogramm fortzusetzen. Ähnliche Methoden wurden angewendet, um Silvio Berlusconi in Italien loszuwerden. In Spanien führte Wut über die Kahlschlagspolitik von José Luis Rodríguez Zapateros Regierung der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) zur Wahl von Mariano Rajoy's rechtsgerichteter Volkspartei.

Allen Flügeln der Bourgeoisie in den zentralen EU-Ländern geht es aber überhaupt nicht darum, Länder wie Griechenland zu retten, sondern ihren eigenen Banken aus der Klemme zu helfen. Im Endeffekt sollen die Arbeiter und Armen für die kapitalistische Krise bezahlen. Merkel hat Schuldnerländern, die finanzielle Hilfe wollen, kompromisslose Sparhaushalte diktiert und so unterstrichen, dass Deutschland in der EU die herausragende Macht ist und das Sagen hat. Die Regierungen veranstalten Ausgabenkürzungsorgien mit Entlassungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Lohnkürzungen, Verringerungen von Sozialleistungen, Privatisierungen usw. In Griechenland sind die Löhne um 15,4 Prozent gesunken, während die offizielle Arbeitslosenquote mittlerweile bei mehr als 18 Prozent liegt.

In Spanien beträgt sie nahezu 23 Prozent.

Wir Trotzkiten sind als Internationalisten aus Prinzip gegen die EU und jedes andere imperialistische Bündnis. In der Erkenntnis, dass der Euro ein Werkzeug der EU-Imperialisten ist, haben wir seine Einführung abgelehnt. Ebenso lehnten wir die Osterweiterung der EU ab, denn es war offensichtlich, dass sie für die Arbeiter Osteuropas verstärkte Ausbeutung bedeutete. Gleichzeitig haben wir die chauvinistische Diskriminierung osteuropäischer Arbeiter in Westeuropa bekämpft.

Als Marxisten verstehen wir, dass ein imperialistischer Zusammenschluss oder Block einige Zeit halten kann, doch da der Kapitalismus auf dem Nationalstaat aufgebaut ist, müssen diese Allianzen an ihren eigenen inneren Widersprüchen auseinanderbrechen. Unsere Ablehnung ist Ausdruck unserer grundlegenden Gegnerschaft zu Kapitalismus und Imperialismus. Wir kämpfen für die Enteignung der Bourgeoisie durch eine sozialistische Revolution und für eine internationale Planwirtschaft, die die Grenzen des Nationalstaates überwindet. Wir sind für die *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*

Bis heute hat die griechische Arbeiterklasse 14 ein- oder zweitägige Generalstreiks durchgeführt und versucht, sich gegen die gemeinsame Offensive der europäischen Imperialisten und ihrer eigenen Bourgeoisie zur Wehr zu setzen. Zwar haben es die Streiks der Regierung schwieriger gemacht, Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen, doch die Angriffe auf Arbeitsplätze und Lebensstandard sind unerbittlich. In der italienischen Hauptstadt Rom demonstrierten am 15. Oktober Hunderttausende von Arbeitern und Jugendlichen gegen die weitgehend diskreditierte Berlusconi-Regierung und die Maßnahmen, die sie einzuführen versuchte, wie Privatisierungen und Anhebung des Rentenalters. Nach dem Sturz der Berlusconi-Regierung unterstützte die liberale Opposition die neue Regierung im Namen von nationaler Einheit zur Durchsetzung genau der Maßnahmen, gegen die die Massen einen Monat zuvor demonstriert hatten. In Portugal brachte am 24. November ein Generalstreik fast alles im Lande zum Stillstand. Doch die „kommunistische“ Opposition untergräbt Arbeiterkämpfe mit ihrem Appell an das nationale Interesse, indem sie sich über die „Preisgabe der Souveränität des Landes“ beklagt (*junge Welt*, 25. November 2011).

Die reformistischen Gewerkschaftsführer können keinen wirkungsvollen Klassenkampf gegen die kapitalistische

Fortgesetzt auf Seite 22

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Daniel Witt

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Dezember 2011

Nr. 191

Januar 2012

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

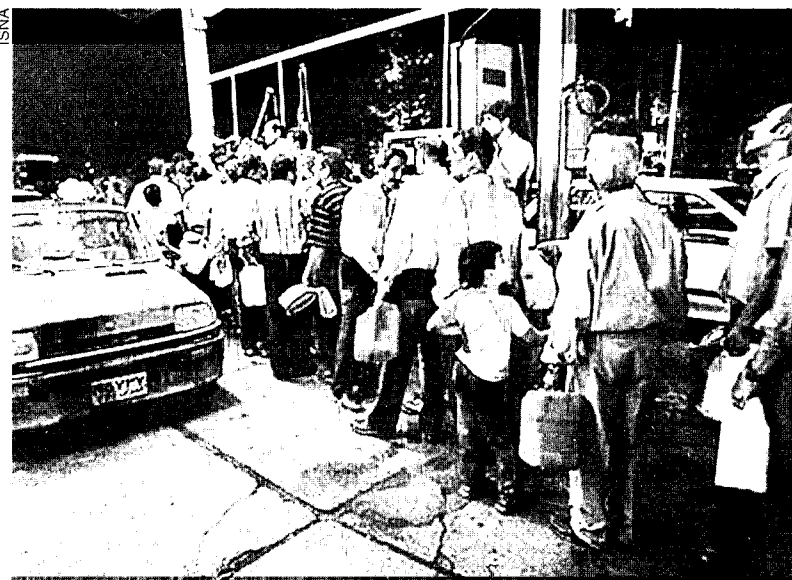
Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin),
Geschäftsführer, 33%; Sylvia Krüger (Berlin), Journalistin, 33%;
Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

Nieder mit imperialistischen Sanktionen!

Imperialisten und Israel: Hände weg vom Iran!



Israels Premier Netanjahu mit Obama bei der UNO, 21. September (links). Teheran 2007: Iraner stehen an für Benzin, nachdem Regierung wegen weiterer drohender Wirtschaftssanktionen Rationierung ankündigte (rechts)



Der folgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard, Zeitung der Spartacist League/U.S., Nr. 991, 25. November.

21. November – Als jüngstes Glied einer Kette kriegstreiberischer Maßnahmen der US-Imperialisten und ihres Juniorpartners Israel hat die Obama-Regierung heute eine starke Eskalation der Wirtschaftssanktionen gegen Iran angekündigt. Erklärtes Ziel dieser Maßnahmen ist es, Irans angebliche Versuche zu stoppen, Nuklearwaffen zu entwickeln – die iranische Regierung hat immer dementiert, dies zu tun. Gegen Irans Zentralbank und Ölindustrie gerichtet, sollen die Sanktionen die Wirtschaft des Landes auf die Zerreißprobe stellen. Dies bedroht die arbeitenden Menschen, die schon jetzt unter grassierender Inflation, weitreichender Arbeitslosigkeit und steigenden Versorgungsmängeln leiden und nun weitere Schläge einstecken sollen.

Früheren Sanktionen, die Irans jährliches BIP-Wachstum um fast zwei Prozentpunkte vermindert hatten, begegnete die iranische Regierung letztes Jahr mit massiven Kürzungen der staatlichen Subventionen für Kraftstoff und andere grundlegende Güter. Der Brotpreis verdreifachte sich schnell, Benzinpreise schnellten um das Vierfache nach oben. Nun nimmt Washington die Iranische Zentralbank (ICB) als angebliches „Geldwäsche-Unternehmen“ ins Visier, während Britannien ankündigt, Iran den Zugang zum Londoner Finanzzentrum zu verwehren. Die Imperialisten wollen weiter die Möglichkeiten anderer Länder beschneiden, iranisches Öl und Gas zu kaufen, was 75 Prozent der iranischen Regierungseinnahmen ausmacht.

Den jüngsten US-Sanktionen ging zwei Wochen zuvor am 8. November ein Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) der UNO voraus. 2007 hatte die IAEA noch erklärt, Iran habe vier Jahre zuvor seine Anstrengungen zum Bau einer Atombombe aufgegeben. Im Widerspruch zu dieser Erklärung spricht dieselbe Behörde nun in geschraubten Worten von „Hinweisen“, dass „einige Aktivitäten“, die mit

Nuklearwaffen zusammenhängen, nach 2003 weitergelaufen sein könnten und „immer noch laufen könnten“. Nur ein paar Stunden nachdem die IAEA in Wien eine Resolution angenommen hatte, in der sie Iran für sein angebliches Nuklearprogramm verurteilt, stimmte eine große Mehrheit der UN-Vollversammlung am 18. November dafür, vom Iran zu fordern, er müsse bei einer Untersuchung der hanebüchernen Geschichte kooperieren, Teheran habe die Ermordung von Saudi-Arabiens Botschafter in den USA geplant. Die von Washington verbreitete bizarre Anschuldigung lautet, Iran habe mittels eines zwielichtigen iranisch-amerikanischen

Spartakist-Abokampagne 2011

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	90	118	131 %
Hamburg	80	89	111 %
Sonstige	5	4	80 %
Gesamt	175	211	121 %

- Jahresabo: € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin
 Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 10060
 IBAN DE11 5001 0060 0011 988601, BIC PBNKDEFF



Workers Vanguard

New York, März 2007: Banner der SL/U.S. bei Antikriegsdemo

Gebrauchtwagenhändlers versucht, bei einem mexikanischen Drogenkartell Auftragskiller anzuheuern. (Der „Kontakt“ dieses Gebrauchtwagenhändlers entpuppte sich als ein Informant der US-Drogenbehörde DEA.) Die iranische Regierung verglich dieses Märchen treffend damit, wie die Regierung von George W. Bush Saddam Hussein „Massenvernichtungswaffen“ andichtete, um 2003 den Einmarsch in den Irak zu rechtfertigen. Die UN-Resolution zeigt die Rolle dieser Institution als Feigenblatt für die Großmachtinteressen der Imperialisten, vor allem der USA, die sie auch mit nackter Aggression gegen halbkoloniale Länder durchsetzen.

Die Verschärfung der Sanktionen findet statt, während israelische Regierungsvertreter Kriegshysterie aufpeitschen und mit Luftangriffen gegen vermutete Nuklearforschungsstätten im Iran drohen. Israel ist entschlossen, sein Atomwaffenmonopol im Nahen Osten zu verteidigen, und führte schon 1981 Luftangriffe gegen den Irak und 2007 gegen Syrien durch. Bei jeglichem Angriff auf den Iran steht viel mehr auf dem Spiel, da es eine bedeutende und historische Macht in der Region darstellt.

Dass die Regierung von Benjamin Netanjahu diskutiert hatte, den Iran anzugreifen, kam dieses Jahr durch Äußerungen des früheren Chefs von Israels Geheimdienst Mossad, Meir Dagan, heraus. Im Mai hatte Dagan der Presse mitgeteilt, ein Militärschlag zur Ausschaltung der iranischen Nuklearanlagen sei „das Dümme, was ich je gehört habe“, und könnte Israel in einen „regionalen Krieg“ stürzen, „aus dem es nicht mehr herauszukommen wüsste“ (*Haaretz*, 1. Juni). Unter Dagan, an dessen Händen reichlich Blut klebt, ver-

suchte Israel, das iranische Atomprogramm zum Scheitern zu bringen, indem es das Computervirus Stuxnet in Irans Zentrifugensystem zur Urananreicherung einschleuste und Wissenschaftler sowie einen höheren Kommandanten des iranischen Raketenentwicklungsprogramms ermordete.

US-Präsident Obama wiederum hat mehrfach gegen Iran mit dem Säbel gerasselt und erklärt, „alle Optionen“, auch die Drohung mit einem militärischen Angriff, „offenzuhalten“. Kürzlich kündigte Washington für nächstes Jahr die bisher größten gemeinsamen Militärübungen der USA und Israels an, zur „Simulation der Verteidigung Israels gegen ballistische Raketen“. Die Sanktionen und militärischen „Optionen“ der Imperialisten gehen Hand in Hand. Erinnert euch, dass der Irakkrieg von 2003, durch den mehr als eine Million Irakis ihr Leben verlor und ein massenhaftes kommunalistisches Gemetzel entfacht wurde, 13 Jahre zuvor durch UN-Sanktionen vorbereitet wurde, die 1,5 Millionen Menschen töteten.

Die Desinformationsoffensive über Irans Atomprogramm wurde von dem Journalisten Seymour Hersh in seinem Artikel „Iran and the Bomb: How Real is the Nuclear Threat?“ [Iran und die Bombe: Was ist dran an der nuklearen Bedrohung?] (Website des *New Yorker*, 6. Juni) machtvoll entlarvt. Hersh erinnerte daran, dass die „National Intelligence Estimate“ (NIE), eine Zusammenfassung der Einschätzungen höherer Mitarbeiter aller großen US-Geheimdienste, 2007 zu dem Schluss gekommen war, dass der Iran „mit großer Sicherheit“ 2003 aufgehört hatte, an einer Nuklearwaffe zu arbeiten. Hersh zufolge hieß es im ursprünglichen Entwurf der diesjährigen Neufassung der NIE, bevor dieser später auf Druck aus Obamas Weißem Haus geändert wurde, dass Irans angebliche frühere Atomwaffenforschung nicht auf Israel oder Westeuropa abzielte, sondern auf Irans langjährigen Erzfeind Irak, von dem iranische Führer damals dachten, er würde versuchen, Atomwaffen zu entwickeln. Hersh erklärte: „Irans Nuklearwaffenprogramm endete offenbar nach dem amerikanisch geführten Einmarsch in den Irak Anfang 2003 und der vergeblichen Jagd nach einem irakischen Massenvernichtungsarsenal.“

Mehrfach hat der Iran erklärt, sein Nuklearprogramm diene allein friedlichen Zwecken. Angesichts der imperialistischen Nuklearepressung und der anhaltenden militärischen Drohungen ist es allerdings zur Abschreckung von Angriffen völlig rational und notwendig für den Iran, sich um die Beschaffung von Atomwaffen und entsprechenden Trägersystemen zu kümmern. Der Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen, CFR), eine wichtige Denkfabrik für die herrschende Klasse in den USA, gibt zu, dass Atomwaffen „die Möglichkeit zur Abschreckung bieten: anders als bei Saddams Irak würde es in einen nuklearen Iran keine Invasion geben und seine Führer würden nicht abgesetzt werden“ („After Iran Gets the Bomb: Containment and Its Complications“ [Nachdem der Iran die Bombe hat: Die Eindämmungspolitik und ihre Schwierigkeiten], *Foreign Affairs*, März/April 2010).

US-imperialistische Terroristen

Im Falle irgendeines militärischen Angriffs auf den Iran durch die USA oder Israel dürfen die arbeitenden Menschen und Unterdrückten weltweit nicht neutral sein, sondern müssen sich eindeutig *auf die Seite Irans* stellen. Als Marxisten geben wir dem reaktionären islamischen Re-



Meyer/Dallas Morning News

2003: US-Soldaten terrorisieren unbewaffneten Mann während imperialistischer Besetzung des Irak

gime im Iran kein Quäntchen politische Unterstützung. Doch der Hauptfeind der arbeitenden Menschen und Unterdrückten dieser Welt sind die atomar bewaffneten US-Imperialisten.

Die USA verbrannten etwa 200 000 Japaner bei der atomaren Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki 1945. Die herrschende Klasse der USA, die heute den Iran bedroht, ist dieselbe geradezu obszön reiche Kapitalistenklasse, die sich an Profiten mästet, während sie Gewerkschaften zerstört, Millionen auf die Straße setzt, Sozialleistungen zusammenkürzt, die Gesundheitsversorgung demontiert und die Renten plündert – alles Angriffe, die besonders hart auf die schwarzen Massen niederprasseln, die am Boden der Gesellschaft abgesondert sind. Unsere Ablehnung der US-Besetzungen des Irak und Afghanistans und anderer imperialistischer Abenteuer verknüpfen wir mit dem Aufruf zum Klassenkampf im eigenen Land: Wir verbreiten das Verständnis, dass das Proletariat mobilisiert werden muss, um die mörderische imperialistische Ordnung durch sozialistische Revolution wegzufegen.

Zwar versucht die Obama-Regierung – zumindest vorerst –, Israel zu zügeln und einen unmittelbaren militärischen Angriff gegen den Iran abzuwenden, doch wächst die Unterstützung für solche Taten innerhalb der herrschenden Kreise der USA, und zwar nicht nur in Leitartikeln des *Wall Street Journal* oder in Reden zionistischer Neokonservativer. Einen Hinweis auf eine breitere Stimmung „Bombardiert den Iran“ lieferte ein Austausch zwischen Strategen des Center for Strategic and Budgetary Assessments (Zentrum für strategische und haushaltspolitische Einschätzungen, CSBA), dem auch Ex-Regierungsvertreter sowohl von Demokraten als auch von Republikanern angehören, und anderen vom Council on Foreign Relations.

CFR-Wortführer argumentierten in *Foreign Affairs* (März/April 2010), dass die USA für den Fall, dass Iran erfolgreich Nuklearwaffen entwickelt, drohen sollten, mit allen Mitteln anzugreifen, „einschließlich mit Nuklearwaffen“, falls der Iran bestimmte „rote Linien“ übertritt, etwa durch „den Beginn konventioneller Kriegsführung gegen andere Länder“ oder „gesteigerte Unterstützung für terroristische oder subversive Aktivitäten“. Anfangs vertraten die CSBA-Autoren die zurückhaltendere Linie, die aktuelle Strategie von Sanktionen und militärischem Druck fortzuführen (*Foreign Affairs*, Januar/Februar 2011). Doch einen Tag nach dem IAEA-Bericht vom 8. November stellten dieselben CSBA-Autoren eine Erklärung ins Netz mit dem Titel „Warum Obama Irans Atomprogramm ausschalten sollte: Gründe für einen Angriff, bevor es zu spät ist“.

Es braucht einiges an Chuzpe, wenn die US-Herrscher und in ihrem Gefolge die britischen und französischen Imperialisten dagegen wettern, dass der Iran möglicherweise Atomwaffen bekommt. Die US-Kapitalisten besitzen genug nukleare Feuerkraft, um die Menschheit etliche Male zu zerstören. Die Atombombenabwürfe auf Japan, die letztlich als Warnung an die Sowjetunion gemeint waren, symbolisieren beispielhaft, dass die US-Herrscher die größte Gefahr für Arbeiter und Unterdrückte darstellen, die die Welt je gesehen hat. Diesem Akt imperialistischer Barbarei folgte eine lange Reihe von Kriegen und Militäreinsätzen, von Korea und Vietnam – wo die USA vergeblich versuchten, soziale Revolutionen rückgängig zu machen – bis Afghanistan, Irak und jüngst Libyen. Mit der Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion durch eine kapitalistische Konterrevolution verschwand vor zwei Jahrzehnten das militärische und diplomatische Haupthindernis, das der Durchsetzung der globalen Bestrebungen der Imperialisten im Wege stand.



Reuters

April 2004: Mordechai Vanunu verlässt Gefängnis nach 18 Jahren Haft. Er hatte Israels gewaltiges Atomwaffenarsenal bekanntgemacht

Jedes Jahr geben die USA Milliardenhilfen dem zionistischen Israel, dessen Existenz auf der Vertreibung und brutalen Unterdrückung des palästinensischen Volkes beruht. Die zionistischen Herrscher haben den Gazastreifen in ein Konzentrationslager für Palästinenser verwandelt, umgeben von einem elektrischen Zaun, einer Mauer und dem Mittelmeer, und auch die Palästinenser der Westbank werden mit Gewalt in einer Gettosituation gehalten. Von arabischen Bevölkerungen umgeben, wännen sich Israels Herrscher in einem permanenten Kriegszustand und haben wiederholt ihre Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt gezeigt.

Seine Starthilfe als atomar bewaffnete Macht bekam Israel von Frankreich, das 1958 den Reaktor für die Nuklearanlage Dimona in der Wüste Negev baute. In der Folge unterstützten die USA das israelische Nuklearprogramm, schirmten es gleichzeitig vor internationaler Kontrolle ab und halfen so, das Ausmaß von Israels Bombenvorrat im Dunkeln zu halten. 1986 brachte Mordechai Vanunu, ein früherer Techniker in Dimona, Licht in die Sache, als er bekannt machte, dass Israel ein Arsenal von etwa 200 Nuklearsprengköpfen angehäuft hatte. Dafür, dass er heldenhaft Reichweite und Ausmaß von Tel Avivs Weltuntergangsmaschinerie offenlegte, die sich gegen die

Seminarreihe der Spartakist-Jugend an der FU Berlin

GRUNDLAGEN DES MARXISMUS

Dienstag, 17. Januar

**Marx/Engels, *Das Kommunistische Manifest*
Klassengesellschaft und Klassenkampf**

Dienstag, 31. Januar

**Lenin, *Staat und Revolution* (Kapitel 1, 3, 5)
Der bürgerliche Staat, ein Instrument des Kapitals**

Dienstag, 14. Februar

**Trotsky, *Verratene Revolution* (Kapitel 3, 5, 9)
Warum Trotzki China, Kuba, Nordkorea,
Vietnam und Laos verteidigen**

Jeweils 18:15 Uhr, Silberlaube, Raum KL 29/139 (beim Hörsaal 2)
Habelschwerdter Allee 45, Nähe U-Bhf. Thielplatz (U3)
Lesematerial und Kontakt: (0 30) 4 43 94 00, spartakist@online.de

UdSSR sowie gegen Nationen im Nahen Osten richtete, wurde Vanunu wegen Verrats zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt, wovon er elf in Einzelhaft verbrachte. Vanunu ist es seit seiner Entlassung 2004 verboten, Israel zu verlassen, und er wurde seitdem bereits zwei Mal verhaftet und erneut eingekerkert. Die rachsüchtigen zionistischen Herrscher wollen Vanunu für immer zum Schweigen bringen, doch die internationale Arbeiterklasse wird immer in seiner Schuld stehen.

Wachsender Druck gegen China

Die zunehmende Kriegstreiberei gegen den Iran findet statt, während die USA den Abzug fast aller ihrer Truppen aus dem Irak und die Verringerung der Truppen in Afghanistan vorbereiten und gleichzeitig ihre Position in anderen Teilen der Region verstärken. Berichten zufolge planen die USA, ihr Truppenkontingent in Kuwait aufzustocken und ihre Marineeinheiten im Persischen Golf zu verstärken. Die Obama-Regierung strebt außerdem danach, eine stärkere Militärallianz mit den sechs Staaten des von Saudi-Arabien dominierten Golf-Kooperationsrates auszuhandeln. Unterdessen kündigten die USA und die Türkei an, bis Ende des Jahres ein amerikanisches Raketenabwehr-Radarsystem auf türkischem Territorium zu errichten, 700 Kilometer vom Iran entfernt.

Ganz oben auf der Prioritätenliste der US-Herrscher bei der Neuausrichtung ihrer Kräfte steht das Vortreiben der militärischen Einkreisung Chinas, des größten und mächtigsten der verbliebenen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten. Zusätzlich zur Einrichtung von Stützpunkten in Afghanistan und Zentralasien haben die USA im vergangenen Jahrzehnt ihre militärische Präsenz auf den Philippinen ausgebaut und wieder offene Militärbeziehungen zu Indonesien aufgenommen – alles im Namen der „Terrorismus“-Bekämpfung. Washington hat außerdem seine militärischen Verbindungen mit den japanischen Imperialisten verstärkt und stützt weiterhin das kapitalistische Taiwan. Letzte Woche verkündete der Oberkommandierende Obama Pläne zur Stationierung von 2500 Marines in Darwin in Nordaustralien als Maßnahme gegen China.

Durch die Revolution 1949 wurde der Kapitalismus in China gestürzt. Trotz bedeutenden Vordringens ausländischer wie auch einheimischer Kapitalisten sind die Kernbestandteile von Chinas Wirtschaft bis heute vergesellschaftet. Letzten Endes streben die US-Imperialisten danach, kapitalistische Herrschaft in China wiederherzustellen, und dafür haben sie eine mehrgleisige Strategie: kapitalistische wirtschaftliche Durchdringung, verbunden mit militärischem Druck und Unterstützung für einheimische Konterrevolutionäre wie die Bewegung „Freies Tibet“. Das internationale Proletariat muss in ureigenem Interesse dafür eintreten, China und die anderen deformierten Arbeiterstaaten – Kuba, Nordkorea, Vietnam und Laos – bedingungslos militärisch gegen Imperialismus und innere Konterrevolution zu verteidigen. Wir unterstützen daher die Erprobung und Entwicklung von Atomwaffen und Trägersystemen durch Nordkorea und China.

China ist in höchstem Maße von iranischem Öl abhängig – 2009 war der Iran Chinas zweitgrößter Öllieferant. Trotzdem unterstützte das stalinistische Regime in Beijing alle vier bisherigen Runden von UN-Sanktionen gegen den Iran – ein Ausdruck des aussichtslosen Strebens der stalinistischen Bürokratie nach „friedlicher Koexistenz“ mit den Imperialisten. Im Interesse ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu den USA übernahm die Beijinger Bürokratie auch den „Krieg gegen Terror“ der Imperialisten. Die nationalistische stalinistische Bürokratie untergräbt durch ihr Beschwichtigen des Imperialismus und ihre Gegnerschaft zum Programm der sozialistischen Weltrevolution die Verteidigung

des Arbeiterstaates. Das chinesische Proletariat muss die verräterischen stalinistischen Herrscher durch eine politische Revolution verjagen und ein Regime errichten, das auf Arbeiterdemokratie und revolutionärem Internationalismus beruht.

Antimperialismus nach außen bedeutet Klassenkampf im eigenen Land

Die arbeitenden Menschen im Iran haben eine lange Geschichte von Unterwerfung durch die Imperialisten und blutiger Unterdrückung durch ihre „eigenen“ Herrscher. Nachdem das modernisierende nationalistische Regime von Mohammad Mossadegh Irans Ölfelder zu verstaatlichen suchte, führte die CIA 1953 einen Putsch durch, setzte Schah Pahlavi ein und stützte seine grausame Herrschaft 25 Jahre lang. In einer „Revolution“, die fast von der gesamten Linken weltweit bejubelt wurde, übernahm 1979 die islamische Hierarchie unter Ajatollah Chomeini die Macht und ging daran, Kämpfe von Arbeitern, Frauen und unterdrückten nationalen Minderheiten zu zerschlagen. Unter dem Scharia-Gesetz wurden Frauen aus der Gesellschaft ausgeschlossen und gezwungen, einen Schleier anzulegen, der sie von Kopf bis Fuß bedeckt und unter dem es brütend heiß ist; Arbeiterorganisationen wurden zerschlagen; Linke wurden eingekerkert und hingerichtet. Damals als internationale Spartacist Tendenz bekannt, stach unsere Organisation hervor, weil wir als einzige für die Klasseninteressen des Proletariats gegen die Kräfte der islamischen Reaktion eintraten. Unser Schlachtruf war: „Nieder mit dem Schah! Keine Unterstützung für Chomeini! Für Arbeiterrevolution im Iran!“

Heute ist der Iran wieder ein brodelnder Kessel voller Unzufriedenheit, die arbeitenden Menschen, Jugendliche und Frauen leiden unter vielen Entbehrungen und ächzen unter der Mullah-Herrschaft. An der Spitze aller Unterdrückten muss die multinationale iranische Arbeiterklasse das persisch-chauvinistische Klerikalregime stürzen. Für diese Perspektive ist die Schmiedung einer leninistischen Arbeiterpartei im Iran entscheidend. Solche Parteien müssen im ganzen Nahen Osten aufgebaut werden im Kampf gegen alle Formen des Fundamentalismus und Nationalismus. In Ägypten, wo sich erneut massenhafte Gegnerschaft zur Militärherrschaft Bahn brach, muss die Arbeiterklasse als eigenständiger Anwärter auf die Macht hervortreten, sowohl gegen die Armee als auch gegen die mächtigen reaktionären Kräfte des politischen Islam. In Israel, wo kürzlich breite Proteste gegen wirtschaftlichen Mangel dazu beigetragen haben, die entscheidenden Klassenspaltungen dieser Gesellschaft bloßzulegen, kettet weiterhin der Zionismus das überwiegend jüdische Proletariat an seinen Klassenfeind (siehe „U.S./Israel Tighten Screws on Palestinians“, *Workers Vanguard* Nr. 988, 14. Oktober).

Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens, notwendigerweise verbunden mit dem Kampf, die raubgierigen imperialistischen Herrscher in den USA und anderswo durch Arbeiterrevolutionen wegzufegen. Imperialistische Unterjochung, militärische Besetzungen und Krieg sind untrennbarer Bestandteil des Kapitalismus in seiner Todeskrise und können nur in einem Kampf gegen das ganze System der Ausbeutung und Unterdrückung bekämpft werden. Die Spartacist League/U.S. ist entschlossen, eine multirassische Arbeiterpartei aufzubauen, um die politischen Fesseln zu zerschneiden, die die Arbeiterklasse an ihre „eigenen“ Ausbeuter binden, insbesondere die Unterstützung der Demokratischen Partei durch die Arbeiterbürokratie. Um den Kampf für Arbeitermacht im Kernland des Weltimperialismus zum Sieg zu führen, ist eine solche Partei das unverzichtbare Werkzeug. ■

Hinrichtungskampagne gegen Mumia gestoppt

Mumia ist unschuldig! Freiheit sofort!

Die nachfolgende Erklärung wurde am 10. Dezember vom Partisan Defense Committee veröffentlicht. Das PDC ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartacist League/U.S. Die deutsche Schwesterorganisation des PDC ist das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), verbunden mit der Spartakist-Arbeiterpartei.

Am 7. Dezember teilte der Bezirksstaatsanwalt in Philadelphia mit, dass er nicht erneut die Todesstrafe gegen Mumia Abu-Jamal, Amerikas herausragendsten Klassenkriegsgefangenen, fordern wird. Bezirksstaatsanwalt Seth Williams' Mitteilung folgte auf die Entscheidung des Obersten Gerichts der USA vom 11. Oktober, seinen Antrag auf Wiedereinsetzung der 2001 ausgesetzten Todesstrafe abzulehnen. Mumia, dem 1981 auf abgekartete Weise der Mord am Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia angehängt wurde, wird infolgedessen zu lebenslanger Haft ohne Bewährungsmöglichkeit verurteilt. Dass Mumia nicht mehr die staatliche Hinrichtung droht, ist zu begrüßen, doch es ist eine Abscheulichkeit, dass dieser unschuldige Mann nach 30 Jahren, die er schon eingekerkert ist, nun dazu verdammt ist, lebendig im Knast begraben zu bleiben!

Die staatliche Kampagne für Mumias Hinrichtung ist gegen die Wand gefahren, aber Staatsanwaltschaft, Bullen und kapitalistische Politiker, Demokraten wie Republikaner, führen ihren Rachefeldzug gegen Mumia fort. Es gibt Berge an Beweisen – darunter das Geständnis von Arnold Beverly, er habe auf Faulkner geschossen und ihn getötet –, die zeigen: Mumia ist unschuldig und hätte nie einen einzigen Tag im Gefängnis verbringen sollen. Die Gerichte haben sich geweigert, diese Beweise in Betracht zu ziehen, weil sie entlarven, dass das abgekartete Spiel gegen Mumia nicht einfach die Verirrung eines korrupten Bullen oder miesen Richters ist, sondern der Funktionsweise eines ganzen „Rechts“systems entspringt, dessen wirklicher Zweck es ist, Arbeiter, Minderheiten und Arme im Dienste der kapitalistischen Herrscher zu unterdrücken (siehe die KfsV-Broschüre *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!* vom Dezember 2006).

Polizei und FBI hatten Mumia seit Ende der 1960er-Jahre im Visier – als Führer der Black Panther, später als MOVE-Unterstützer und als Journalisten, der für seine messerscharfen Enthüllungen von Polizeibrutalität und rassistischer Unterdrückung bekannt wurde. Die Staatsanwaltschaft verfrachtete Mumia 1982 in den Todestrakt und stützte sich dabei auf gefälschte Ballistikbefunde und andere fabrizierte „Beweise“, auf ein von Bullen und Staatsanwalt ausgehecktes „Geständnis“, massive Einschüchterung von Zeugen durch die Polizei und rassistische Manipulation der Geschworenen. Den Vorsitz hatte der „Henker-Richter“ Albert Sabo, den man sagen hörte, er würde der Staatsanwaltschaft helfen, „den N—r zu braten“. Um die Verhängung der Todesstrafe sicherzustellen, verwiesen die Staats-

anwälte auf politische Aussagen, die Mumia als 16-Jähriger bei den Panthers gemacht hatte.

Im Dezember 2001 kassierte Bundesrichter William Yohn Mumias Todesstrafe, die er angesichts falscher Anweisungen an die Geschworenen für verfassungswidrig hielt, bestätigte aber die abgekartete Verurteilung von 1982 in allen Punkten. Das Oberste Gericht wiederum setzte Mumias rechtlichen Bemühungen, seine Verurteilung mit einer verfassungsrechtlichen Begründung aufzuheben, praktisch ein Ende, als es 2009 seinen Berufungsantrag ablehnte.

Mumia ist während der Jahrzehnte seiner ungerechten Inhaftierung standhaft geblieben und hat sich mit seinen Kommentaren aus der Todeszelle weiterhin für die Unterdrückten und Armen eingesetzt. Der Fall Mumia stand international im Brennpunkt des Kampfes für die Abschaffung der Todesstrafe, die in den USA ein Erbe der Sklaverei ist und den Gipfel des Staatsterrors darstellt. Als Mumia im Sommer 1995 einem Hinrichtungsbefehl gegenüberstand, waren die enorme öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber seinem Fall und weltweite Proteste, die von Gewerkschaften unterstützt wurden, die Hunderttausende Arbeiter repräsentierten, entscheidend, um den Henkern Einhalt zu gebieten.

Mit der jüngsten Entscheidung hoffen die staatlichen Stellen nun, dass Mumias Sache vergessen wird und er bis zu seinem Tod in der Gefängnishölle verrottet. So darf Mumias Schicksal nicht aussehen. Die Spartacist League und das Partisan Defense Committee haben immer betont, dass Kämpfer für Mumias Freiheit danach streben müssen, seine Sache mit den Klassenkämpfen des multirassischen Proletariats zu verknüpfen. Gewerkschafter, Gegner der Todesstrafe und Kämpfer für die Rechte der Schwarzen dürfen nicht aufhören zu kämpfen – für *Mumias Freiheit* aus den rassistischen Kerkern von Pennsylvania und für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe.■

Broschüre des Komitees für soziale Verteidigung

*Der Kampf für die
Freiheit von
Mumia Abu-Jamal*

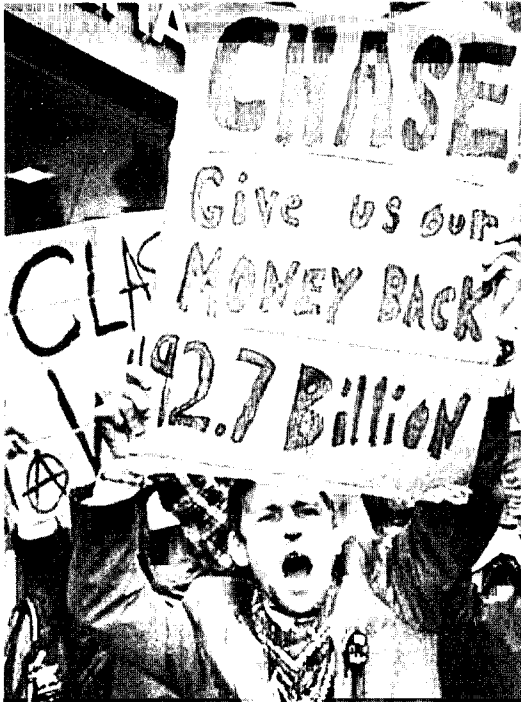
€ 1,- (60 Seiten)

Bestell bei:
KfsV, c/o Werner Brand,
Postfach 210750
10507 Berlin
E-Mail: kfsv@online.de
www.partisandefense.org

Bankverbindung:
Werner Brand,
Commerzbank Berlin,
Konto-Nr. 590 109 500,
BLZ 100 400 00



„Occupy Wall Street“: Kapitalistische Krise entfacht populistische Proteste



AP



Tyska/San Jose Mercury News

Links: Occupy-Wall-Street-Demonstration in New York am 15. Oktober. Oben: Bullen verhaften Protestierer, reißen Zeltstadt von Occupy Oakland nieder, 25. Oktober

Folgender Artikel erschien in Workers Vanguard Nr. 989, 28. Oktober 2011, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S. Mitte November wurde das Camp im Zuccotti Park brutal von den Bullen geräumt.

New York, 25. Oktober – Seit über einem Monat kampiert eine bunt zusammengesetzte Gruppe von Demonstranten, von Studenten über Arbeitslose bis zu langjährigen liberalen Aktivisten, im Zuccotti Park im Südzipfel Manhattans unter dem Banner „Occupy Wall Street“ [Besetzt die Wall Street] (OWS). Angesichts der weitverbreiteten Wut über die Profitgier der Konzerne, über Massenarbeitslosigkeit und krasse wirtschaftliche Ungleichheit traf OWS einen Nerv; zu Versammlungen und Demonstrationen in New York City kamen von mehreren Hundert bis zu über 10000 Menschen.

Ähnliche Besetzungen gab es in der Folge in Boston, Chicago, Los Angeles und vielen anderen großen und kleinen Städten im ganzen Land, obwohl die Polizei wiederholt die Demonstranten angriff und viele verhaftete. In Solidarität mit der OWS-Bewegung, die wiederum selbst durch die „Indignados“ (die Empörten) in Spanien und Griechenland inspiriert worden war, gingen am 15. Oktober in ganz Europa und anderswo Hunderttausende auf die Straße. Heute umstellten in den frühen Morgenstunden hunderte Bullen in Kampfausrüstung unter Einsatz von Blendgranaten, Tränengas und Schlagstöcken die Zeltstadt „Occupy Oakland“ auf dem Frank Ogawa Plaza. Hubschrauber beleuchteten

die Szenerie mit starken Suchscheinwerfern, und dann legten die Bullen los, rissen das Camp nieder und verhafteten mehr als 75 Leute. Weg mit allen Anklagen gegen die Demonstranten, von Oakland bis New York!

Drei Jahre nach Beginn der tiefen und fortdauernden Wirtschaftskrise trafen die OWS-Proteste wirklich einen Nerv in breiten Teilen der Bevölkerung. Obdachlosenheime sind zum Bersten gefüllt. Auf Collegestudenten und -absolventen lastet ein riesiger Schuldenberg, und ihre Zukunft sieht zunehmend trostlos aus. Vielen der Arbeiter, denen es gelang, ihre Jobs zu behalten, wurden Lohnkürzungen rein-gewürgt, ihre Sozialleistungen landeten im Reißwolf und ihre Renten wurden von den Bossen und Bankiers geplündert. Die Gewerkschaften bekommen schwere Schläge ab, und so haben viele Arbeiter die OWS-Proteste als eine Möglichkeit begrüßt, ihre eigene Wut rauszulassen. Der Großteil der herrschenden Kapitalistenklasse agiert wie Banditen mit vorgehaltener Pistole, und das Weiße Haus unter Obama – ebenso wie zuvor unter George W. Bush – kippt den Banken und Autokonzernen Hunderte Milliarden Dollar als Auslösesummen in den Schoß. Ein Demonstrant in Phoenix, der die Schnauze voll hatte von den Lügen der Regierung, von Kriegen im Ausland, dem Verbot von Marihuana und der steigenden Arbeitslosigkeit, sagte: „Die Probleme der ganzen Welt wälzen sich den Berg runter, und ganz unten stehe ich.“

Viele der jungen Besetzer nehmen das erste Mal an

Enteignet die Bourgeoisie durch Arbeiterrevolution!

einem politischen Protest teil, und viele sind enthusiastisch über dessen angebliche Demokratie und „Graswurzel“-Ursprünge. Sie sehen die Möglichkeit, etwas zu tun – *irgendwas* zu tun gegen das, was ihnen und so vielen anderen passiert. Die OWS-Organisatoren rühmen sich zwar damit, keine klare politische Tagesordnung, Zugehörigkeit und noch nicht mal einen festgelegten Satz von Forderungen zu haben, aber ein Programm haben sie doch: liberale Reform des kapitalistischen Finanzsektors. Sie appellieren patriotisch an die angeblichen demokratischen Werte dieses Landes und haben Losungen wie: „Wir sind die 99 Prozent“, „Besteuert die Reichen“ und „Banken werden gerettet, wir werden ausverkauft“. Ihr Programm läuft wie das der Populisten vor mehr als einem Jahrhundert auf das Ziel hinaus, eine Regierung zu wählen, die die Interessen des kleinen Mannes gegen die „Räuberbarone“ der Wall Street verteidigen soll.

Es stimmt nicht, dass 99 Prozent der Bevölkerung gemeinsame Interessen haben. Es gibt eine grundlegende *Klassenspaltung* in der Gesellschaft zwischen den Kapitalisten – der winzigen Gruppe von Familien, denen die Industrie und die Banken gehören – und der Arbeiterklasse, deren Arbeit die Quelle der Profite der Kapitalisten ist. Die Arbeiterklasse ist unter den „99 Prozent“ nicht einfach ein Opfer der kapitalistischen Kahlschlagpolitik unter vielen anderen. Sie ist die einzige Kraft mit der potenziellen Macht und dem historischen Interesse, das kapitalistische System wegzufegen und die Gesellschaft auf Basis einer zentralisierten, geplanten Wirtschaft neu aufzubauen.

Bei unseren Interventionen in New York und überall im Land kämpfen die Spartacist League und die Spartacus Youth Clubs darum, Militante für das marxistische Verständnis zu gewinnen, dass der kapitalistische Staat nicht reformiert werden kann, um den Interessen der Arbeiter und der Armen zu dienen, sondern durch proletarische Revolution zerschlagen werden muss. Um Armut, Unterdrückung und imperialistischen Krieg zu beenden, ist die internationale Herrschaft der Arbeiterklasse nötig, die den Weg bereitet zu einer sozialistischen Weltgesellschaft. Wir Trotzisten sind der Aufgabe verpflichtet, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die diesen Kampf organisiert und führt. Unser Vorbild ist die bolschewistische Partei von W. I. Lenin und Leo Trotzki, die in der Russischen Revolution vom Oktober 1917 die Arbeiter an die Macht führte.

Unsere marxistische Perspektive ist diametral entgegengesetzt zum OWS-Programm des liberalen bürgerlichen Populismus, der sich in Rot-Weiß-Blau hüllt, wie man an den vielen US-Fahnen sehen kann, die im Zuccotti Park wehen. Als ein Sprecher der Spartacist League bei einer kürzlichen OWS-Generalversammlung die Präsenz des Banners des US-Imperialismus anprangerte – „Das ist die Fahne, mit der man Hiroshima und Nagasaki bombardierte! Das ist die Fahne, mit der man Vietnam bombardierte und angriff! Das ist die Fahne, in der Menschen weltweit ein Symbol für Unterdrückung sehen!“ –, rief das tatsächlich Protest hervor.

Auch wenn die OWS-Organisatoren das Gegenteil behaupten, weist die vorherrschende Politik der Proteste direkt auf Unterstützung der Demokratischen Partei hin, die ebenso sehr wie die Republikaner eine Partei der kapitalistischen Ausbeuter ist. Ein Funktionär der Demokraten bemerkte kürzlich über die Proteste: „Klar, da gab’s auch verrücktes Anarchie-Zeugs, aber im Allgemeinen mögen die Demokraten die Botschaft [von OWS] über die Wall Street und dass Rechenschaft abgelegt werden muss.“ Er fügte hinzu: „Das überlappt sich mit unserer eigenen Botschaft.“ Tatsächlich ist es so, dass Obama die Beschwerden von OWS in seine Wahlreden einbezieht und gleichzeitig Wasserträger der Demokratischen Partei wie MoveOn.org damit beschäftigt sind, OWS-Aktionen zu organisieren, um

verärgerte Wähler zurück in den Schoß der Demokraten zu holen. Gleichzeitig sind einige Strategen der Demokratischen Partei besorgt, ein Ankoppeln an die Proteste könne einige ihrer finanziellen Unterstützer befremden. Der Kampf für die politische Unabhängigkeit der Arbeiter von *allen* bürgerlichen Parteien – Demokraten, Republikaner und Grüne – ist für ihre Mobilisierung im Klassenkampf gegen die verfaulende kapitalistische Ordnung entscheidend.

Organisatoren der Proteste verkünden den „Glauben, dass der amerikanische Traum wieder auferstehen wird“ (wie eine der OWS-Websites sagte), und argumentieren, die Regierung – das Exekutivkomitee der herrschenden Klasse insgesamt – sollte etwas Gutes tun, z. B. die Banken regulieren. Für Jugendliche, die nach revolutionären Antworten suchen, ist das eine Sackgasse. Die amerikanische Demokratie ist die Demokratie der Kapitalistenklasse, deren Herrschaft auf brutaler Ausbeutung der Arbeiter, mörderischer Unterdrückung von Schwarzen und anderen Minderheiten und imperialistischen Plünderzügen in der ganzen Welt basiert. Malcolm X, Kämpfer in den 1960ern, sagte: „Ich bin einer von 22 Millionen Schwarzen, die Opfer des Amerikanismus sind. Einer von 22 Millionen Schwarzen, die Opfer der Demokratie sind, nichts anderes als versteckte Heuchelei... Ich sehe keinen amerikanischen Traum; ich sehe einen amerikanischen Alptraum“ („The Ballot or the Bullet“, 3. April 1964).

Amerikanischer Populismus und die Demokratische Partei

Der Appell an den einfachen Mann auf der Straße gegen die Finanzwelt hat in der amerikanischen bürgerlichen Politik eine lange Geschichte. 1892 klagte die Plattform der Populistischen Partei scharf das „Goldene Zeitalter“ [„Gilded Age“, Blütezeit der amerikanischen Wirtschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts] an: „Die Früchte der harten Arbeit von Millionen werden dreist gestohlen, um riesige Vermögen für ein paar wenige anzuhäufen, wie noch nie in der Geschichte der Menschheit.“ Die Populisten wollten den Despotismus der „wenigen“ nicht abschaffen, sondern nur abschwächen, die Macht einschränken und die Privilegien der Industrie- und Finanzmagnaten verringern. Die Bewegung erreichte ihren Höhepunkt 1896, als die Demokraten vorgeblich ihre Ziele übernahmen und der populistische Führer William Jennings Bryan von den Demokraten zum



Doubleday

William Jennings Bryan gewann 1896 die Präsidentschaftsnominierung der Demokratischen Partei, indem er gegen „Geldinteressen“ wettete. Liberaler Populismus bindet die Arbeiter an ihren Klassenfeind



Reuters

Präsident Obama grüßt im Mai 2010 den Vorstandsvorsitzenden von JPMorgan Chase, Jamie Dimon, bei Geschäftstreffen im Weißen Haus

Präsidentschaftskandidaten ernannt wurde; im November verlor er gegen den Republikaner William McKinley.

Die Populisten waren ursprünglich eine multirassische Bewegung, ihr gehörten sowohl arme weiße und schwarze Farmer als auch kleine Geschäftsleute an. Aber die heroischen Anstrengungen ihrer Organisatoren im Süden erlitten eine Niederlage, als die örtliche herrschende Klasse eine Welle rassistischer Demagogie und Gewalt lostrat. Viele populistische Führer wie Tom Watson in Georgia wendeten sich gegen arme Schwarze und vertraten offen Rassismus. Viele taten das, um sich eine Nische in der Demokratischen Partei im Süden zu schaffen, die mittels des Jim-Crow-Systems der tief verwurzelten Rassentrennung durch Polizeistaatsterror herrschte, unterstützt durch die außerlegale Gewalt des Ku Klux Klan. Andererseits gehörten der populistischen Bewegung auch Leute an, die später eine zentrale Rolle in der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung spielten.

Die populistische Bewegung tauchte in der Periode auf, als sich die USA darauf vorbereiteten, auf der Weltbühne als imperialistische Macht aufzutreten, eines von einer Handvoll fortgeschrittener kapitalistischer Länder, deren Konkurrenzkampf um Ausbeutungssphären auf der ganzen Welt zu den Verwüstungen zweier Weltkriege und zahlloser Kolonialkriege führte. Lenin beschrieb, dass Imperialismus die höchste Stufe des Kapitalismus ist: Die Wirtschaft wird von Monopolen beherrscht, das Kapital der großen Banken vereint sich mit dem Kapital von Industriekonzerne.

Dieses zentral wichtige Verständnis wird von populistischer Ideologie völlig vernebelt. Wie wir in unserer Artikelreihe von 1997/98 „Wall Street and the War Against Labor“ [Die Wall Street und der Kampf gegen die Arbeiter] schrieben:

„Der liberalen populistischen Sicht liegt zentral der Glaube zugrunde, dass die Kapitalistenklasse sozusagen in zwei Klassen geteilt sei: diejenigen, die direkt damit befasst sind, Waren und Dienste zu produzieren und zu vermarkten, und diejenigen, deren Einkommen aus Finanzgeschäften herrührt. Erstere werden als zumindest relativ progressiv angesehen, letztere als völlig reaktionär...“

Die gemeinsamen Interessen *aller* Elemente der amerikanischen Kapitalistenklasse – seien es nun Investmentbankiers an der Wall Street, Fabrikanten im Mittleren Westen, Erdölleute in Texas oder Agrarunternehmer in Kalifornien – sind qualitativ größer und bedeutsamer als ihre Differenzen. Alle wollen sie die Ausbeutung der Arbeitskraft maximieren und die Kosten von Sozialprogrammen der Regierung minimieren.“ (abgedruckt in der *Spartacist*-Broschüre von 2009: *Karl Marx Was Right: Capitalist Anarchy and the Immiseration of the Working Class*)

Kern der populistischen Proteste, damals und heute, ist die Kleinbourgeoisie, eine heterogene, weit auseinanderklaffende Gesellschaftsschicht, der u.a. Studenten, Freiberufler, höhere Angestellte und kleine Geschäftsleute angehören. Die Kleinbourgeoisie hat weder soziale Macht noch eine eigene Klassenperspektive und ist daher unfähig, eine Alternative zum Kapitalismus anzubieten. Der Trotzki James Burnham schrieb in den 30er-Jahren, während einer früheren Periode von ökonomischer Krise und massiver Unzufriedenheit: „Die Mittelklassen suchen einen Ausweg aus ihrer Sackgasse. Aber einen eigenständigen Ausweg gibt es für sie nicht. Und letztlich stehen sie, als Ganzes oder als Teil, vor der endgültigen Wahl: sich hinter einer der Hauptklassen der Gesellschaft und deren Programm zu stellen, auf die Seite der Bourgeoisie oder die des Proletariats zu schwenken“ (*The People's Front: The New Betrayal* [Die Volksfront: Der neue Verrat], 1937).

Ein typisches Beispiel ist *Adbusters*, das kanadische Magazin, von dem der ursprüngliche Aufruf zu einer Besetzung der Wall Street stammt. Diese Gruppe, die „gegen die Konzerne“ sein will, hat Gelder der Tides Foundation erhalten – eine Verrechnungsstelle für die Stiftungen von Ford und Gates. Aber *Adbusters* nimmt nicht nur Geld von den fetten Bonzen an; sie betreiben ihren eigenen „Graswurzel-Kapitalismus“ – die Produktion von Sportschuhen, die sie als „ethisch“ bejubeln. Fragt die Arbeiter in Pakistan, die diese Kicker „ohne Logo“ für einen armseligen örtlichen Minimallohn produzieren, ob es sich menschlicher anfühlt, mit Hanf statt mit Nylon Sklavenarbeit zu verrichten.

Die kapitalistischen Herrscher haben ihre Polizeischläger gegen die „Occupy“-Proteste losgeschickt, obwohl diese Bewegung die Funktion des Profitsystems gar nicht behindert. Wenn Arbeiter durch Streiks und andere Aktionen den Profitfluss stoppen, sieht die Sache völlig anders aus. Als Autoarbeiter in Flint, Michigan, 1936/37 Fabriken besetzten und die Anerkennung der Gewerkschaft United Auto Workers errangen, war dies ein Teil einer militanten Welle von Arbeiterkämpfen, aus denen die Industriegewerkschaften der CIO entstanden. Diese Kämpfe waren erbitterte Schlachten zwischen den Arbeitern auf der einen Seite und Bullen, Werkschutzschlägern sowie kapitalistischen Gerichten und der Regierung auf der anderen.

Nach Jahrzehnten von Niederlagen für die Arbeiter sehen die meisten jungen Aktivisten die Arbeiterklasse bei Kämpfen für ökonomische Gerechtigkeit als irrelevant an.

Theoretische und dokumentarische Quellsammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 28, Herbst 2011

€ 1,50
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

SPARTAKIST HERBST 2011

NUMMER 28 DEUTSCHE AUSGABE

VI. Internationale Konferenz der IKL

Kampf für programmatische Integrität in einer reaktionären Periode

SEITE 2

Vorwort zur Grundsatzklärung der IKL

Edmund Samarakody und das Erbe der ceylonesischen LSSP

Der Kampf für Trotzismus in Südasien

SEITE 14

M. N. Roy, Nationalistischer Menschewik

Verteidigung des dialektischen Materialismus

Lenin als Philosoph von Peter Fryer

SEITE 40

Frauen und Revolution

Thesen der Kommunistischen Internationale zur Arbeit unter den Frauen

SEITE 72

Links: Plakat zeigt Politik der Organisatoren von Occupy Wall Street auf, die an die Bullen, Büttel der kapitalistischen Herrschaft, appellieren, sich den Protestierenden anzuschließen. Rechts: Bullen des Staates Colorado machen „ihren Job“, schleifen Occupy-Demonstranten weg, 14. Oktober



Justyna Surowiec



Amon/Denver Post

Die bürokratischen Irreführer der Gewerkschaftsbewegung gaben im Großen und Ganzen die Klassenkampfmethoden auf, mit denen die Gewerkschaften aufgebaut worden waren; dies bereitete den Boden für die Niederlagen. Die Bürokraten, in ihrer Rolle als Arbeiterleutnants der Kapitalisten, ketten die Arbeiter an ihren Klassenfeind, indem sie die Interessen des US-Imperialismus propagieren und die Demokratische Partei unterstützen.

Die Besetzung des Wisconsin State Capitol [starke Gewerkschaftsproteste gegen gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung, siehe *WV* Nr. 976, 18. März 2011] im Frühjahr endete genau deshalb in einer Niederlage, weil die Gewerkschaftsführung sich weigerte, die Streikwaffe der Arbeiter einzusetzen, und stattdessen den Protest in eine (fehlgeschlagene) Kampagne umlenkte, republikanische Politiker abzusetzen. Das Ergebnis ist, dass die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst dezimiert wurden. Angesichts eines großen Ausmaßes an Enttäuschung über Obama, der ein Wall-Street-Demokrat ist, hat ein beträchtlicher Teil der etablierten Gewerkschaftsführung die OWS-Proteste unterstützt, da sie in ihnen ein Mittel sehen, der liberalen Unterstützung für Obama bei den Wahlen 2012 neue Kraft zu geben. Das gleiche Ziel treibt Pseudosozialisten wie die International Socialist Organization und die Workers World Party an; ihr Jubel über die OWS-Proteste ist nur das aktuellste Kapitel ihrer Geschichte reformistischer Druckausübe-Politik.

Bürgerliche Demokratie – ein Schwindel

Die herrschende Kapitalistenklasse und ihre Regierung werden sich durch keine Protestbewegung davon überzeugen lassen, ihre Farbe zu wechseln und anzufangen, im Interesse des „Volkes“ zu handeln. Die „Demokratie“ dieses Landes wurde auf der Grundlage der Versklavung schwarzer Afrikaner ins Leben gerufen, und bis heute ist die Unterdrückung der Schwarzen ein Grundpfeiler des amerikanischen kapitalistischen Systems. Der „American Way“ bedeutete Völkermord und Auslöschung der Ureinwohner Amerikas, Massenabschiebungen von Immigranten, blutige Schlachten gegen streikende Arbeiter und eine lange Liste grausamer Kriege auf der ganzen Welt, zuletzt die Invasionen und Besetzungen Iraks und Afghanistans und die Bombardierung Libyens dieses Jahr.

Im Gegensatz zu den OWS-Organisatoren, die endlos darüber reden, die Demokratie wiederherzustellen, ist Marxisten bewusst, dass es keine „reine“ Demokratie gibt. Lenin bemerkte: „Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der ‚Demokratie‘ der Kapitalisten verkündeten *formalen* Gleichheit

und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden“ (*Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, 1918).

In einer Rede an die OWS-Leute bejubelte die liberale Ideologin Naomi Klein die Antiglobalisierungsproteste von 1999, da diese sich gegen Konzerne gerichtet hätten, die angeblich „mächtiger als Regierungen werden“, was „unseren Demokratien schadet“. Die Tatsache, dass kapitalistische Regierungen auf der ganzen Welt während der gegenwärtigen ökonomischen Krise zusammenbrechende Industrien und Banken gerettet haben, entlarvt die Vorstellung, dass Konzerne den Nationalstaat verdrängen, als Trugschluss.

Klein sät Illusionen in ein mythisches goldenes Zeitalter „demokratischer“ Verantwortung. In Wirklichkeit dient „Demokratie“ den Kapitalisten zur Verschleierung ihrer Klassendiktatur, die sie durch ihren Staatsapparat – Armee, Bullen, Gerichte und Gefängnisse – durchsetzen. Demonstranten erleben fast täglich Polizeibrutalität und Verhaftungen, was einen kleinen Geschmack gibt von dem Terror, dem Einwohner von Gettos und Barrios tagtäglich ausgesetzt sind. Doch die OWS-Organisatoren appellieren weiterhin an die „einfachen Polizisten“, an „unserem Gespräch teilzunehmen“ und „über die Verbrechen eurer Vorgesetzten“ zu reden.

Das Problem ist auch nicht einfach „polizeiliches Fehlverhalten“. *Alle* Bullen, egal welcher Herkunft und welches Rangs, sind die Kampfhunde der Kapitalistenklasse. Bei einer kürzlichen OWS-Generalsammlung betonte ein Redner vom Spartacus Youth Club: „Bullen sind keine Arbeiter. Sie schlagen Streikende, töten Schwarze und verhaften Demonstranten.“

Apostel der „demokratischen“ Konterrevolution

Die liberale Ideologin Naomi Klein und der pseudomarxistische Akademiker Slavoj Zizek – führende Leuchten der OWS-Proteste – hetzen gerne gegen China, es sei ein Affront gegen „Demokratie“. Damit erweisen sie der Wall Street einen ideologischen Dienst.

Die Chinesische Revolution von 1949 stürzte die Herrschaft der Kapitalisten, befreite das Land von imperialistischer Unterjochung und führte zu enormen Fortschritten für Arbeiter, Bauern und die zutiefst unterdrückten Frauen. Jedoch war die auf Bauern basierende Revolution von Anfang an deformiert und brachte ein bürokratisches nationalistisches Regime an die Macht, ähnlich dem in der Sowjetunion nach ihrer Degeneration unter Stalin. Heute sind zwar sowohl ausländische als auch einheimische Kapitalisten weit vorgeprescht, doch die Kernelemente von Chinas Wirtschaft sind weiterhin vergesellschaftet. Das Staatseigentum am



Diana Walker



Workers Vanguard

Lech Walesa mit US-Präsident George Bush auf antikommunistischer Demonstration in Gdansk, Polen, im Juli 1989. Rechts: New York, September 1981 – Spartakisten entlarven Walesas Solidarność als Gewerkschaft der Bosse, im Dienste von CIA, Vatikan und Wall Street. Konterrevolutionär Walesa wurde zu einer Rede bei Occupy-Wall-Street-Protest eingeladen

Bankensystem hat, hauptsächlich durch Investitionen in die Infrastruktur, massives Wirtschaftswachstum in China gefördert. Dies steht in scharfem Kontrast zu den profitgetriebenen kapitalistischen Wirtschaften, die die Welt dominieren und die in Krisen feststecken. Als Trotzlisten treten wir für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und innere Konterrevolution ein. Gleichzeitig kämpfen wir für proletarisch-politische Revolution, um die parasitäre stalinistische Bürokratie durch eine Regierung von Arbeiter- und Bauernsojzets (Räten) zu ersetzen, die dem Kampf für die sozialistische Weltrevolution verpflichtet sind.

Die gegenwärtigen Proteste gegen die Wall Street tragen den dicken Stempel der Ideologie vom „Tod des Kommunismus“, die seit der Restauration der kapitalistischen Herrschaft in der ehemaligen Sowjetunion 1991/92 von der Bourgeoisie und ihren Ideologen verbreitet wird. Zizek, der manchmal „revolutionäres“ Wortgeklingel von sich gibt, wenn es seinem Image als „böser Bube“ in akademischen Kreisen dienlich ist, belehrte OWS-Demonstranten: „Kommunismus hat absolut versagt.“ Worauf seine Politik hinausläuft, sah man, als er Obamas Wahl 2008 als „Zeichen der Hoffnung in unseren so dunklen Zeiten“ bejubelte.

Ein Maßstab dafür, wie sehr bürgerliche Politik die OWS-Proteste bestimmt, ist die Einladung eines der Organisatoren an den früheren polnischen Präsidenten Lech Walesa, im Zuccotti Park zu reden. Walesa war der Hauptführer von Solidarność, die ihren Ursprung 1980 in Arbeiterstreiks im deformierten Arbeiterstaat Polen hatte, aber schnell ein offen konterrevolutionäres Programm für die Wiederherstellung der kapitalistischen Herrschaft annahm. Das war die einzige „Gewerkschaft“, die Typen wie der rechte US-Präsident Ronald Reagan und sein britisches Gegenstück, Premierministerin Margaret Thatcher, in ihr Herz schlossen. Mit Unterstützung der US- und europäischen Imperialisten, der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten und der katholischen Kirche wurde Solidarność zur Hauptkraft für eine kapitalistische Konterrevolution in Polen. Wir prangerten Solidarność damals als gelbe Gewerkschaft im Dienste von CIA, Bankiers und Vatikan an.

Die von Walesa geführte Regierung, die 1989 die Macht übernahm, demontierte Polens kollektivierte Wirtschaft und führte eine ökonomische „Schockbehandlung“ durch, die den Großteil der sozialen Errungenschaften zerstörte, die die Polen im deformierten Arbeiterstaat hatten – von praktisch kostenloser Gesundheitsfürsorge und billigen, subven-

tionierten Mieten bis zu Renten, von denen man leben konnte. Entsprechend katholischer „Familienwerte“ wurde das Recht auf sichere und kostenlose Abtreibung abgeschafft. Mit der Einladung an Walesa, im Zuccotti-Park eine Rede zu halten, ging die Aufforderung „Besetzt die Wall Street“ an ... einen Handlanger der Wall Street!

Wenn wir heute die Grundlagen des authentischen Marxismus begründen und motivieren, haben wir es mit der vorherrschenden falschen Sichtweise zu tun, die den Zusammenbruch des Stalinismus mit dem Scheitern des Kommunismus gleichsetzt. Im Gegensatz zu jenen, die mit dem „Tod des Kommunismus“ und mit Illusionen in kapitalistische „Reformen“ hausieren gehen, sagen wir revolutionären Marxisten die Wahrheit: Der einzige Weg, um wirtschaftlichen Mangel zu beseitigen, ist der Kampf für neue Oktoberrevolutionen. Wir machen uns keine Illusionen, dass dies ein einfacher Weg ist. Aber die zerstörerische Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise wird, wenn sie nicht zu Fall gebracht wird, die gesamte Menschheit in die Barbarei stürzen. Die entscheidende Aufgabe dabei ist die Schmiebung einer leninistischen Avantgardepartei, das notwendige Instrument, um das Proletariat zu revolutionärem Bewusstsein zu bringen. ■

Abonniere jetzt!

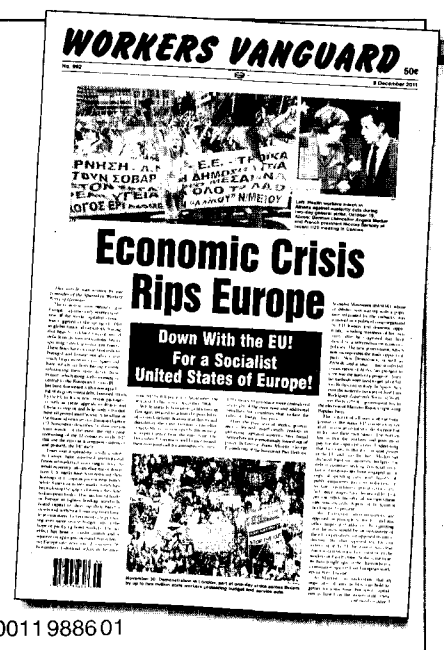
Workers Vanguard, zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. Spartacist (englische Ausgabe) und Black History and the Class Struggle

Luftpost € 18,-

Bestellt bei: Verlag Avantgarde Postfach 23555 10127 Berlin

Konto 11988-601 Postbank Frankfurt/M. BLZ 500 10060 BIC PBNKDEFF IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



**Verteidigt die Errungenschaften
der Kubanischen Revolution!**

Kuba: Wirtschaftskrise und „Marktformen“



Corbis



Getty

Links: Kubaner bei der Ausgabe von Brotportionen in subventionierter Bäckerei in Havanna, 2006. Rechts: Raúl Castro (links) bei Parlamentssitzung vom Dezember 2010, wo er auf marktorientierte Reformen drängte

Folgender Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 986, 16. September 2011, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S.

Anfang August verabschiedete Kubas Nationalversammlung einen Fünfjahresplan marktorientierter Wirtschaftsreformen, der im Frühjahr vom Sechsten Kongress der kubanischen Kommunistischen Partei angenommen worden war. Die geplanten Maßnahmen beinhalten die Vernichtung von mehr als einer Million staatlicher Arbeitsplätze (20 Prozent aller im Staatssektor Beschäftigten), erhebliche Kürzungen staatlicher Subventionen, eine massive Erweiterung des Kleingewerbesektors und eine Verstärkung der Anreize, um ausländisches Kapital anzulocken.

Seit die „Marktformen“ im August 2010 bekannt gemacht wurden, war ihr Kernstück der Aufruf, eine Million staatliche Stellen zu streichen. Besonders die Bürokratie der staatlich kontrollierten Konföderation der Arbeiter Kubas (CTC, Gewerkschaftsbund) tut sich darin hervor, diese Streichungen zu propagieren, und behauptet schamloser-

weise, dies sei für die „weitere Vervollkommnung des Sozialismus“ unerlässlich. Auf der letzten Maidemonstration in Havanna marschierte die CTC unter der Losung für „Einheit, Produktivität und Effizienz“.

Ursprünglich sollte die Hälfte der Stellenstreichungen bereits bis letzten März in Kraft treten, doch diese Frist verstrich. Dann sollte sie der Kongress der Kommunistischen Partei im darauffolgenden Monat in Gang bringen, beschloss jedoch angesichts von Berichten über weitverbreitete Unzufriedenheit, ihre Umsetzung erneut zu verschieben. Schon im Oktober 2010 berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, dass Parteifunktionäre zum Hotel Habana Libre geholt werden mussten, um „Arbeiter zu beruhigen“, als diese von den geplanten Arbeitsplatzverlusten erfuhren. Entlassene Arbeiter werden nur kurzzeitig Abfindungen von bis zu 60 Prozent der verlorenen Monatsbezüge erhalten.

Erklärtes Ziel der „Reformen“ ist die Wiederbelebung von Kubas stagnierender Wirtschaft, die sich von der schweren Krise, die der Restauration des Kapitalismus in der

**Für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der
stalinistischen Bürokratie!
Für sozialistische Revolution in ganz Amerika!**



Corbis

Säuglingsstation in Havanna. Kubas Kindersterblichkeitsrate ist niedriger als in USA, Kanada und Europäischer Union

Sowjetunion vor etwa zwei Jahrzehnten folgte, nie ganz erholt hat. Trotz der Herrschaft einer stalinistischen Bürokratie bot der sowjetische Arbeiterstaat dieser kleinen verarmten Insel, die im Schatten des amerikanischen imperialistischen Kolosses um ihr Überleben kämpft, eine äußerst wichtige wirtschaftliche Rettungseine. Die Sowjetunion stellte auch ein militärisches Hindernis für Washingtons revo-
lutionäre Ziele dar.

Die schweren wirtschaftlichen Probleme der nachso-
wjetischen Periode spitzten sich 2008 zu, als Kuba von der globalen kapitalistischen Finanzkrise hart getroffen wurde. Der Preis von Nickel, Kubas Hauptexportgut, fiel gar um 80 Prozent, während Geldüberweisungen von in den USA lebenden Kubanern beträchtlich abnahmen. Im gleichen Jahr zerstörten Hurrikans Infrastruktur im Wert von 10 Milliarden Dollar. Angesichts eines Handelsbilanzdefizits von fast 12 Milliarden Dollar konnte Kuba Rückzahlungen an ausländische Schuldner nicht mehr leisten. Die Tatsache, dass kubanische Ärzte und andere im Ausland beschäftigte Fachkräfte für etwa 60 Prozent der Deviseneinnahmen des Landes verantwortlich zeichnen – die Tourismusindustrie kommt erst an zweiter Stelle –, spricht Bände über den schlimmen Zustand der kubanischen Wirtschaft.

Bürgerliche und linke Kommentatoren gleichermaßen nahmen die jüngsten Ankündigungen des Regimes zum Anlass, die unterschiedlichsten Vorhersagen zu treffen. Die Bandbreite reicht von albern optimistischen Vorstellungen über ein Voranschreiten des isolierten Kubas hin zum Sozialismus bis zu Behauptungen, auf der Insel sei die Restauration des Kapitalismus im Gange oder bereits abgeschlossen. Um derartige Ansichten als Trugschlüsse zu erkennen, ist ein marxistisches Verständnis des Klassencharakters des kubanischen Staates und seiner herrschenden stalinistischen Bürokratie nötig.

Wir Trotzlisten beziehen in der Debatte zwischen Befürwortern von Marktformen/Dezentralisierung und denjenigen, die zu einer strenger zentralisierten Wirtschaft zurückkehren wollen, keine Seite. Unser Ausgangspunkt ist das Verständnis, dass Kuba ein *bürokratisch deformierter Arbeiterstaat* ist, eine Gesellschaft, in der der Kapitalismus gestürzt, aber die politische Macht von einer parasitären herrschenden Kaste vereinnahmt ist, deren Privilegien sich von der Verwaltung der kollektivierten Wirtschaft herleiten. Wie das Beispiel Chinas zeigt, gibt es bei solchen Regimen eine innere Tendenz zur Preisgabe der bürokratisierten zen-

tralen Planung zugunsten von Marktmechanismen. Ihrem Wesen nach feindlich gegenüber Arbeiterdemokratie, nehmen sie Zuflucht zur Disziplin des Marktes (und der Arbeitslosenschlangen) als Peitsche zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Trotz der Verzerrungen durch bürokratische Herrschaft, zuerst unter Fidel Castro und jetzt unter seinem Bruder und langjährigen Stellvertreter Raúl, brachte der Sturz des Kapitalismus den Arbeitern und Bauern Kubas enorme Errungenschaften. Die Abschaffung der Produktion für Profit durch Kollektivierung der Produktionsmittel in Verbindung mit zentraler Wirtschaftsplanung und einem staatlichen Außenhandels- und Investitionsmonopol verschaffte allen Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung und beseitigte das Joch direkter imperialistischer Herrschaft. Kuba hat eine der höchsten Alphabetisierungsraten der Welt und ein allseits anerkanntes

Gesundheitssystem. Die Kindersterblichkeit ist niedriger als in den USA, Kanada und der Europäischen Union. Abtreibung ist eine kostenlose, leicht erhältliche Gesundheitsleistung.

Die Internationale Kommunistische Liga tritt für die bedingungslose militärische Verteidigung des kubanischen deformierten Arbeiterstaates gegen Imperialismus und innere kapitalistische Konterrevolution ein. Wir fordern ein Ende des zerstörerischen Wirtschaftsembargos Washingtons und den Abzug der USA aus Guantanamo Bay. Gleichzeitig rufen wir das kubanische Proletariat dazu auf, die Castro-Bürokratie durch eine politische Revolution hinwegzufegen und ein System der Arbeiterdemokratie zu errichten. Nur so können tiefsitzende Übel wie Korruption, Ineffizienz und Mangel angegangen werden, die von der bürokratischen Misswirtschaft herrühren, das Wirtschaftswachstum aufhalten und immense Verwerfungen zur Folge haben.

Leo Trotzki's Darlegung der materiellen Wurzeln der Sowjetbürokratie in seinem Buch *Verratene Revolution* von 1936 trifft ebenso auf das heutige kubanische Regime zu:

„Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wird die Schlange sehr lang, muss ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie ‚weiß‘, wem sie zu geben und wer zu warten hat.“

Seit der Entstehung des kubanischen Arbeiterstaates war die Bürokratie ein Hindernis für das weitere Fortschreiten zum Sozialismus – eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft, die ein qualitativ höheres Produktionsniveau erfordert, als selbst das fortgeschrittenste kapitalistische Land besitzt. Stattdessen verbreiten die Stalinisten den Mythos vom „Sozialismus in einem Lande“, was in der Praxis die Ablehnung der Perspektive einer internationalen Arbeiterrevolution bedeutet und eine Anpassung an den Weltimperialismus und seine neokoloniale Klientel durch eine Politik der „friedlichen Koexistenz“.

Ein Kuba, das von gewählten Arbeiter- und Bauernräten – die allen Parteien, die die Revolution verteidigen, offen stehen – regiert wird, wäre ein Leuchtfeuer für die arbeitenden Menschen in ganz Lateinamerika und darüber hinaus. Die Lösung für Kubas wirtschaftliche Rückständigkeit

und der einzige Weg zu einer Zukunft materiellen Überflusses, sozialer Gleichheit und persönlicher Freiheit ist letztendlich eine internationale proletarische Revolution – nicht zuletzt im US-imperialistischen Bollwerk –, die in eine rationale globale Wirtschaftsplanung und eine egalitäre sozialistische Ordnung mündet. Zu einer solchen Perspektive gehört notwendigerweise die Schmiedung einer trotzkistischen Partei in Kuba als Teil einer wiedergeborenen Vierten Internationale, um eine proletarisch-politische Revolution zum Sieg zu führen.

„Sonderperiode“ und bürokratische „Reform“

Zwar sind die geplanten „Marktreformen“ tiefgreifend, doch die Art von Politik, die sie verkörpern, ist für Kuba nichts Neues. Schon um 1993, d. h. kurz nach der Zerstörung der Sowjetunion, führte das Castro-Regime eine Reihe von marktorientierten Maßnahmen durch, die die sogenannte „Sonderperiode“ begleiten sollten. Dazu gehörte die Legalisierung selbständiger Erwerbstätigkeit und persönlichen Dollarbesitzes und eine bedeutende Ausweitung des ausländischen Tourismus, auch durch Joint Ventures.

Der dramatischste Effekt dieser Maßnahmen war eine massive Vergrößerung der Ungleichheit auf der Insel. Inmitten weit verbreiteter Korruption in kleinem und größerem Ausmaß begann nun das Gerangel um harte Devisen das Leben von Kubas Werktätigen zu beherrschen. Unter dem Doppelwährungssystem des Landes werden Arbeiter mit heimischen kubanischen Pesos bezahlt, aber die meisten Waren können nur in speziellen Läden oder auf dem Schwarzmarkt mit einer Währung namens konvertibler Peso (CUC) eingekauft werden, der etwa 24 kubanischen Pesos entspricht und die von Touristen benutzte Währung ist. Dies zwang die meisten Arbeiter dazu, für die Sicherung ihrer Grundbedürfnisse einen zweiten oder dritten Job anzunehmen, was wiederum die Arbeitsproduktivität stark in Mitleidenschaft zog. In Kuba ist auch ein Wiederaufleben der Prostitution zu beobachten.

Wer durch Überweisungen aus dem Ausland, durch die Tourismusindustrie oder anderweitig Zugang zu Devisen hat, erfreut sich jetzt eines weit höheren Lebensstandards als andere Kubaner. Zu den letzteren gehören die meisten kubanischen Schwarzen, für die es weit weniger wahrscheinlich ist, Angehörige in Miami zu haben, und die in Jobs im Tourismussektor unterrepräsentiert sind. Schwarze haben von der Kubanischen Revolution ungeheuer profitiert, doch viele dieser Fortschritte werden nun rückgängig gemacht.

Seit 1996 konnte sich Kuba von den Tiefen der Sonderperiode erholen und einiges Wirtschaftswachstum erzielen, obgleich von einem niedrigen Niveau aus. 2002 wurden an die 40 Prozent der Zuckerfabriken, deren Erzeugnisse früher hauptsächlich in die UdSSR exportiert worden waren, in der Absicht geschlossen, die Landwirtschaft zu diversifizieren und die Bevölkerung zu ernähren. Doch bei einem anhaltenden Mangel an Ausrüstung und Treibstoff und inmitten beträchtlicher Desorganisation stagnierte die Nahrungsmittelproduktion weiterhin. Im Jahre 2006 waren 40 Prozent aller LKW, die der verantwortlichen Behörde für die Beschaffung und die Verteilung landwirtschaftlicher Produkte zur Verfügung standen, außer Funktion, und die restlichen waren mindestens 20 Jahre alt.

Die Hälfte allen Agrarlandes wird immer noch nicht produktiv genutzt. Kuba muss 80 Prozent seiner Nahrungsmittel importieren, viel davon aus den USA. Ein Artikel von Brian Pollitt, Professor der Universität Glasgow, fasst die düstere Lage zusammen: „Während im Jahre 1989 Kubas Zuckerexporte allein die gesamten Nahrungsmittelimporte der Insel etwa viermal finanzieren konnten, konnten in den Jahren 2004-06 die Exporte an Zucker, Tabak, anderen Agrarerzeugnissen und der Fischerei zusammen nicht ein-



Oben: Kubanischer Milizionär bewacht 1960 enteignete Ölraffinerie. Unten: Fidel Castro mit sowjetischem Kreml-Chef Nikita Chruschtschow auf Parade zum 1. Mai in Moskau, 1963



mal die Hälfte ihrer Nahrungsmittelimporte finanzieren“ (*International Journal of Cuban Studies*, Juni 2009).

Drohende Massenentlassungen

Die vom Regime verabschiedeten wirtschaftlichen Lineamientos (Richtlinien) drehen sich alle um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch härtere Bedingungen für das kubanische Volk. Sie sagen, es sei notwendig, „exzessive soziale Ausgaben zu reduzieren oder abzuschaffen ... und alle Aktivitäten zu bestimmen, die von einem budgetierten [staatlichen] Sektor in die freie Wirtschaft verschoben werden können“. 2009 ordnete die Regierung die Schließung aller Werkskantinen an und gab den Arbeitern 15 kubanische Pesos (ungefähr 50 Cent) Lohn-erhöhung. Inzwischen wird das dürftige Paket von Grundnahrungsmitteln, die zu erschwinglichen Preisen auf Bezugsschein erhältlich sind, weiter geschmälert.

Die neuen Maßnahmen sollen durch Lockerung von Auflagen für ausländischen Grundbesitz, darunter die Zulassung 99-jähriger Pachtverträge, und durch die Legalisierung von Haus- und Wohnungsverkäufen und -käufen größere Investitionen europäischer, kanadischer und anderer ausländischer Unternehmen begünstigen. Über größere ausländische Direktinvestitionen mittels Joint Ventures und Sonderwirtschaftszonen wird ebenfalls nachgedacht. Die Reformen haben das Ziel, den bisher sehr begrenzten privaten Sektor auf verschiedene Weise zu beleben: Aufhebung von Auflagen für selbstständige Erwerbstätigkeit; Lockerung der staatlichen Kontrollen über den Verkauf privater Agrarerzeugnisse; und formelle Anerkennung der Existenz kleiner Privatunternehmen als Versuch, die informelle Wirtschaft zu

regulieren und zu besteuern. Diesen Betrieben wird es dann erstmals seit 1968 erlaubt sein, Arbeitskräfte außerhalb der eigenen Familie anzustellen. Derartige Maßnahmen können nur zu noch größerer Ungleichheit führen. Sie werden auch zur Stärkung des wirtschaftlichen Einflusses rechter kubanischer Exilanten führen, da Kubaner mit Familien in den



Schuster in Havanna, 2010. Stalinistisches Regime ermuntert Kleinunternehmer, bereitet Entlassungen in der Staatsindustrie vor

USA zu den wenigen gehören werden, die genug Kapital haben, einen Betrieb zu gründen.

Die Kampagne eines Teils der US-Imperialisten (vor allem aus der Agrarindustrie) zur Lockerung des Embargos bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung diplomatischen und politischen Drucks auf Kuba weist auf einen anderen möglichen Weg hin, die sozialisierte Wirtschaft zu untergraben: sie mit Billigimporten zu überfluten. Diese Herangehensweise entspricht der langjährigen Politik der westeuropäischen und kanadischen Herrscher. Kuba muss natürlich das Recht haben, mit kapitalistischen Ländern Handel zu treiben und diplomatische Beziehungen zu pflegen. Doch dies unterstreicht die Bedeutung des staatlichen Außenhandelsmonopols – d.h. strikte Regierungskontrolle aller Importe und Exporte.

Die Regierung sagt, sie erwarte, dass 40 Prozent der entlassenen Arbeiter anderweitig in Kooperativen Beschäftigung finden und der Rest dazu gezwungen sein wird, Kleinunternehmen zu gründen, selbstständig erwerbstätig zu werden oder sich anderswo um Arbeit umzusehen. Ein Parteidokument räumt ein, dass ein Großteil der neuen Betriebe innerhalb eines Jahres aus Mangel an Krediten und Rohstoffen Bankrott gehen könnte. Und die Aussichten vieler Arbeiter, inmitten der andauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihren Lebensunterhalt als Essensverkäufer oder Flickschuster zu bestreiten, sind gelinde gesagt düster.

Größere Unabhängigkeit sollen auch Staatsunternehmen erhalten, die dann ihre Geschäfte selbst finanzieren sollen oder aber abgewickelt werden. Im Zusammenhang mit den „Marktreformen“, die in den letzten Jahren in der Sowjetunion eingeführt wurden, erläuterten wir, dass solche Maßnahmen staatliche Betriebsleiter dazu zwingen, untereinander zu konkurrieren, indem sie billig einkaufen und produzieren und teuer verkaufen. Dies wiederum untergräbt tendenziell die staatliche Kontrolle über den Außenhandel und befeuert zusätzlich prokapitalistische Begehrlichkeiten unter Teilen der Bürokratie. Was das Vorhaben des Regimes einer „Perfektionierung der Staatsunterneh-

men“ durch Bindung der Löhne an die Produktivität anbelangt, so ist dies nur eine andere Bezeichnung für Akkordlohn, der dazu dient, die grundlegende soziale Solidarität der Arbeiterklasse zu unterminieren, indem Arbeiter zu Einzelkonkurrenten um höhere Löhne gemacht werden. Unter stalinistischer Herrschaft sind solche Modelle, die wirtschaftliche Anarchie und größere soziale Ungleichheit erzeugen, die einzig verfügbaren „Antworten“ auf die Verzerrungen, die durch bürokratische Starrheit und entsprechendes Kommandowesen geschaffen wurden.

Ursprünge des deformierten Arbeiterstaats Kuba

Um Kubas gegenwärtiges Dilemma zu verstehen, muss man die Ursprünge des deformierten Arbeiterstaates betrachten. Die Guerillakräfte, die im Januar 1959 unter Fidel Castros Führung in Havanna einmarschierten, waren eine heterogene kleinbürgerliche Bewegung, die zunächst nur einem Programm radikaldemokratischer Reformen verpflichtet war. Wesentlich aber ist, dass ihr Sieg nicht nur den Sturz der weithin verachteten, von den USA gestützten Batista-Diktatur bedeutete, sondern auch die Zerschlagung der Armee und des übrigen kapitalistischen Staatsapparates, was der neuen kleinbürgerlichen Regierung einen breiten Spielraum verschaffte.

Die neue Regierung musste mit den zunehmenden Versuchen des US-Imperialismus fertig werden, sie durch wirtschaftlichen Druck gefügig zu machen. Als Washington Anfang 1960 versuchte, die US-Importquote für kubanischen Zucker zu senken, unterzeichnete Castro ein Abkommen über den Verkauf von einer Million Tonnen pro Jahr an die Sowjetunion. Die Weigerung der imperialistischen Besitz befindlichen Ölraffinerien, russisches Rohöl zu verarbeiten, führte im August 1960 zur Verstaatlichung von US-Eigentum auf Kuba, einschließlich der Zuckerraffinerien, Ölfirmen, Elektrizitätswerke und der Telefongesellschaft. Im Oktober dieses Jahres waren dann 80 Prozent der Industrie des Landes verstaatlicht. Mit diesen tiefgreifenden Verstaatlichungen, die die Bourgeoisie als Klasse liquidierten, wurde Kuba ein deformierter Arbeiterstaat.

Die Vorläuferorganisation der IKL, die Revolutionary Tendency (RT) in der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) Anfang der 1960er-Jahre, wurde im Kampf für eine marxistische Perspektive in Kuba geschmiedet. Die RT verteidigte die Kubanische Revolution gegen den Imperialismus, widersetzte sich aber scharf der Huldigung Castros durch die SWP als eines „unbewussten“ Trotzlisten und dem Programm des ländlichen Guerillakampfes, das mit den Fidelistas und, früher noch, mit den chinesischen Maoisten assoziiert wurde. In der Grundsatzklärung der Spartacist League/U.S. von 1966 schreiben wir:

„Die Spartacist League bekämpft grundsätzlich die im menschewistischen und stalinistischen Reformismus verwurzelte maoistische Doktrin, die die Avantgarderolle der Arbeiterklasse leugnet und als Ersatz die bäuerliche Guerillakriegsführung als Weg zum Sozialismus anbietet. Bewegungen dieser Art können unter gewissen Umständen, d.h. der extremen Desorganisation der kapitalistischen Klasse in dem kolonialen Land und dem Fehlen einer Arbeiterklasse, die unter eigener Fahne um die gesellschaftliche Macht kämpft, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zerstören; aber sie können der Arbeiterklasse nicht zu politischer Macht verhelfen. Eher bringen sie bürokratische, antiproletarische Regimes hervor, die jede weitere Entwicklung dieser Revolutionen in Richtung Sozialismus unterdrücken. Die Erfahrungen seit dem Zweiten Weltkrieg haben die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution vollkommen bestätigt, nach der in der modernen Welt die bürgerlich-demokratische Revolution nur durch die Diktatur des Proletariats,

unterstützt durch die Bauernschaft, vollendet werden kann. Nur unter der Führung des revolutionären Proletariats können die kolonialen und halbkolonialen Länder die vollständige und wirkliche Lösung für ihre Aufgaben – die Herstellung der Demokratie und nationalen Befreiung – finden.“ (abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 2, Herbst 1974)

Es existierte keine proletarische Demokratie eines Staates, der unmittelbar von den Werktätigen erkämpft wurde, und so vollzog der entscheidende Teil von Castros Kräften den Übergang zu einer bürokratischen Kaste, die auf der jüngst verstaatlichten Wirtschaft thront. Aufgrund ihrer gerade erst erlangten gesellschaftlichen Position waren die Castro-Leute gezwungen, den Ersatz-Marxismus („Sozialismus in einem Lande“) zu übernehmen, der die notwendige ideologische Widerspiegelung einer stalinistischen Bürokratie ist. In diesem Prozess vereinigten sie sich mit der erbärmlichen moskautreuen Sozialistischen Volkspartei (PSP), die sich einmal an der Batista-Regierung beteiligt hatte. Die Existenz des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates bot ein Modell und, wichtiger noch, die materielle Unterstützung, die dieses Ergebnis ermöglichte.

Die Kubanische Revolution bewies wieder einmal, dass es keinen „dritten Weg“ zwischen der Diktatur des Kapitals und der Diktatur des Proletariats gibt. So gesehen bestätigte sie Leo Trotzki's Theorie der permanenten Revolution. Doch es gab einen großen Unterschied zwischen der Kubanischen Revolution und der Russischen Revolution vom Oktober 1917, die von einer klassenbewussten städtischen Arbeiterklasse mit Unterstützung der armen Bauernschaft unter der Führung der bolschewistischen Partei durchgeführt wurde.

Kuba und der sowjetische Zusammenbruch: Hintergrund der Krise

Verschiedene selbsternannte Linke verbreiten die Unwahrheit, die UdSSR sei eine „imperialistische“ Macht gewesen; aber die Sowjetunion war ein Arbeiterstaat, der aus der ersten siegreichen sozialistischen Revolution der Geschichte hervorging. Lenin, Trotzki und die anderen bolschewistischen Führer waren Internationalisten bis ins Mark und sahen die Revolution im wirtschaftlich zurückgebliebenen Russland als den ersten Schritt zu einer weltweiten sozialistischen Revolution an, die unbedingt die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder mit einbeziehen musste. Doch das Scheitern einer Reihe revolutionärer Gelegenheiten in der Periode nach dem Ersten Weltkrieg – insbesondere die Niederlage der Deutschen Revolution von 1923 – vertiefte die Isolation des Sowjetstaates. Dies ermöglichte in Verbindung mit der wirtschaftlichen Verwüstung durch den Ersten Weltkrieg und den darauffolgenden Bürgerkrieg das Entstehen einer konservativen Bürokratschicht im Partei- und Staatsapparat.

Von 1923/24 an machte die UdSSR einen qualitativen bürokratischen Degenerationsprozess durch, eine politische Konterrevolution, in der die Arbeiterklasse politisch entmachtete wurde. Der national beschränkte Konservatismus der sich verfestigenden Bürokratenkaste fand Ende 1924 seinen ideologischen Ausdruck in Stalins Verkündung der Theorie, dass der Sozialismus in einem einzelnen Lande aufgebaut werden könne. Dieses antimarxistische Dogma diente als Rechtfertigung für eine immer unverhohlene Absage an den bolschewistischen Internationalismus – was zum offenen Verrat an proletarischen Revolutionen im Ausland führte, wie im Falle Spaniens in den 1930er-Jahren – zugunsten fruchtloser Versuche, den Imperialismus versöhnlich zu stimmen.

Trotz bürokratischer Herrschaft hatte die Fähigkeit des Arbeiterstaates, die wirtschaftlichen Ressourcen der Sowjetgesellschaft durch Wirtschaftsplanung zu mobilisieren,

große Fortschritte zur Folge und verwandelte die UdSSR von einem rückständigen, überwiegend bäuerlichen Land in eine moderne Industriemacht. Diese Tatsache sticht heute umso schärfer hervor, als die kapitalistische Welt wieder in



Marcelino Vázquez Hernández

Maikundgebung in Kuba 2011, Plaza de la Revolución, Havanna

einer globalen Wirtschaftskrise steckt. Jedoch, wie Trotzki in *Verratene Revolution* bemerkte:

„Aber je weiter der Weg geht, um so mehr läuft die Wirtschaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie von einem grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativfreiheit voraus, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.“

Die wachsende wirtschaftliche Stagnation, verschärft durch die Notwendigkeit, mit der gegen die Sowjetunion gerichteten massiven Aufrüstung des US-Imperialismus Schritt zu halten, spitzte sich in den 1980er-Jahren zu. Das Regime Michail Gorbatschows führte ein Programm marktorientierter Reformen (Perestroika) ein, das das Auseinanderbrechen der Bürokratie beschleunigte, auch entlang nationaler Bruchlinien. Im August 1991 nutzte der offen prokapitalistische Boris Jelzin einen gescheiterten Putschversuch von Gorbatschows Statthaltern aus und ergriff als Verbündeter der US-imperialistischen Regierung von George Bush die Macht. In jenen entscheidenden Tagen verteilte die IKL mehr als 100 000 Exemplare ihrer russischsprachigen Erklärung mit dem Aufruf an die sowjetischen Arbeiter: „Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin/Bush!“ Doch Jahrzehnte stalinistischer Missherrschaft hatten das Proletariat atomisiert und demoralisiert, und das Fehlen proletarischen Widerstandes gegen die konterrevolutionäre Flut ebnete der endgültigen Zerstörung der Errungenschaften der Oktoberrevolution den Weg.

Die falsche Auffassung, dass die Sowjetunion eine ausbeuterische „imperialistische“ Macht gewesen sei, wird durch ihre Unterstützung Kubas, die für den wirtschaftlichen Fortschritt dieses Landes entscheidend war, vollständig widerlegt. In den 1980er-Jahren bezuschusste die Sowjetunion bis zu 36 Prozent von Kubas Volkseinkommen und tauschte Öl und seine Derivate zu Bedingungen, die für die Insel äußerst vorteilhaft waren. Die gewaltigen Fortschritte im kubanischen Gesundheits- und Bildungswesen verdanken sich ebenfalls sowjetischen Subventionen, die es

dem Land in den 1970er-Jahren ermöglichten, in allen 14 Provinzen kostenlose öffentliche Universitäten, einschließlich medizinischer Fakultäten, zu eröffnen.

Nach der Zerstörung der UdSSR sanken Kubas Importe um **80 Prozent** und sein Bruttoinlandsprodukt fiel um **35 Prozent**. Ohne Treibstoff, Maschinen oder Ersatzteile aus der Sowjetunion musste die Hälfte von Kubas Industriebetrieben geschlossen werden, das Land machte einen wirtschaftlichen Zusammenbruch durch, der proportional größeres Ausmaß hatte als die Große Depression in den USA. Wir sehen hier in der Sprache kalter, harter Statistiken die historischen Errungenschaften, die durch die Existenz der Sowjetunion ermöglicht worden waren – und die Katastrophe, die nach ihrer Zerstörung ihren Lauf nahm. Es ist auch eine scharfe Anklage gegen die pseudosozialistischen Gruppen, die mit den Jelzin-Kräften der vom Imperialismus unterstützten Konterrevolution gemeinsame Sache gemacht haben und heute wettern, Kubas „Marktformen“ seien ein Ausverkauf.

Das „Chinesische Modell“

Die Einführung von „Marktformen“ hat sich mit heißen Debatten unter kubanischen Intellektuellen über das weitere Vorgehen überschritten und neue ausgelöst. Einflussreiche Wirtschaftswissenschaftler wie der stellvertretende Direktor des Studienzentrums der kubanischen Wirtschaft, Omar Everleny, lobten die vorgeschlagenen Änderungen, sie könnten zu Modernisierung und unbegrenztem Wirtschaftswachstum verhelfen. Everleny ist, wie einige andere auch, dafür, ein Wirtschaftsmodell der Förderung ausländischer Investitionen nach chinesischer oder vietnamesischer Art zu verfolgen. Einige andere machen sich mit Blick auf das Schicksal der Sowjetunion unter Gorbatschows Politik der Perestroika Sorgen, dass „Marktformen“ Kuba in den Abgrund reißen könnten.

Will man China und das heutige Kuba miteinander vergleichen, ist es wichtig festzuhalten, dass China in den letzten beiden Jahrzehnten des Kalten Kriegs (den 1970er- und 80er-Jahren) zum strategischen Verbündeten des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion geworden war. Die chinesisch-sowjetische Spaltung in den 1960er-Jahren war auf beiden Seiten eine Widerspiegelung der konterrevolutionären Implikationen des „Sozialismus in einem Lande“. Die kriminelle Politik der chinesischen Stalinisten, sich mit Washington gegen Moskau zu verbünden, die unter Mao begann, trug mit dazu bei, der Politik der Deng-Xiaoping-Bürokratie den Weg zu öffnen – China für industrielle Investitionen des westlichen Imperialismus im großen Stil zu öffnen. Dagegen ist der US-Imperialismus in seiner Feindschaft gegenüber Kuba unerbittlich geblieben und macht keine Anstalten, sein brutales Embargo zu lockern. Und dies trotz Annäherungsversuchen des Regimes in Havanna, wie zum Beispiel der Freilassung von über 120 rechten „Dissidenten“ seit dem letzten Jahr, bei der die reaktionäre katholische Kirche eine entscheidende Rolle spielte.

Washingtons unnachgiebige Haltung gegenüber Kuba blockiert nicht nur amerikanische Investitionen, sondern beschränkt angesichts des langen Arms extraterritorialer US-Gesetzgebung auch Investitionen aus Westeuropa und Kanada. Darüber hinaus besitzt Kuba weder die schon vorhandene industrielle Basis noch das riesige Reservoir billiger Arbeitskräfte, die Chinas wirtschaftliche Fortschritte in den letzten drei Jahrzehnten befeuerten. Die Vorstellung, Kuba könnte mit einer Art von exportgetriebenem Wirtschaftswachstum mittels substanzieller imperialistischer Investitionen erfolgreich sein, ist ein Hirngespinnst.

Trotz der seit Ende der 1970er-Jahre eingeführten marktorientierten Maßnahmen sind in China (wie auch in Kuba)

die wichtigsten Bereiche der Wirtschaft weiterhin vergesellschaftet unter staatlicher Leitung. Umfangreiche Investitionen westlicher und japanischer Unternehmen und der chinesischen Offshore-Bourgeoisie haben einerseits zu hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten und einem gewaltigen Anwachsen des gesellschaftlichen Gewichts von Chinas Industrieproletariat geführt, einer fortschrittlichen Entwicklung von historischer Bedeutung. Auf der anderen Seite hat der „Marktsozialismus“ die Ungleichheiten massiv verstärkt, auch durch das Entstehen einer ansehnlichen Klasse einheimischer kapitalistischer Unternehmer auf dem Festland, viele von ihnen mit familiären und finanziellen Verbindungen zur KPCh-Bürokratie. Dadurch wurde China zu einem Hexenkessel wirtschaftlicher und sozialer Gegensätze und explosiver Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Derweil fahren die Imperialisten weiterhin eine Doppelstrategie zur Entfaltung einer Konterrevolution, wirtschaftliche Durchdringung wird ergänzt durch militärischen Druck und Provokationen sowie Kampagnen für antikommunistische „Dissidenten“.

Die kubanische Bürokratie: eine widersprüchliche Kaste

Gegen die von Leuten wie Everleny vertretenen Ansichten argumentieren andere, sowohl in Kuba als auch international, die dagegen sind, in Kuba einen „Marktsozialismus“ einzuführen wie in China, einem Land, das sie für kapitalistisch oder sogar imperialistisch halten. Ein Beispiel dafür ist die Liga de Trabajadores por el Socialismo (LTS), mexikanische Sektion der Trotzkiistischen Fraktion-Vierte Internationale (FT-CI), eine Abspaltung der Tendenz, die früher vom inzwischen verstorbenen argentinischen politischen Chamäleon Nahuel Moreno angeführt wurde. In einer Erklärung zu Kuba vom September 2010 schreibt die FT-CI: „Trotz ‚sozialistischer‘ und ‚antiimperialistischer‘ Reden hat die herrschende Bürokratie jahrelang das sogenannte ‚chinesische‘ oder ‚vietnamesische‘ Modell gerechtfertigt, d.h. ein Programm des Marsches in die Richtung eines graduellen Prozesses kapitalistischer Restauration unter der Führung der PCC [Kommunistische Partei Kubas], und sie haben schon dahingehende Maßnahmen ergriffen“ (www.cubarevolucion.org).

Entgegen der Behauptung der LTS/FT-CI kann es keinen „graduellen Prozess kapitalistischer Restauration“ geben, weder in China noch in Kuba. Die kapitalistische Konterrevolution muss auf der politischen Ebene siegen – durch die Eroberung der Staatsmacht. Sie kommt nicht durch einen quantitativen Prozess einer immer größeren Ausweitung des privaten Sektors zustande, sei es des einheimischen oder des ausländischen. Die stalinistische Bürokratie ist außerstande, eine kalte, graduelle Restauration des Kapitalismus von oben durchzuführen. Wie die Ereignisse in der Sowjetunion 1991/92 eindeutig zeigten, würde eine größere soziale Krise in einem deformierten Arbeiterstaat mit dem Zusammenbruch des stalinistischen Bonapartismus und dem politischen Auseinanderbrechen der herrschenden Kommunistischen Partei einhergehen. Was sich aus solch einer Situation ergibt – kapitalistische Konterrevolution oder proletarisch-politische Revolution –, würde vom Ausgang des Kampfes dieser entgegengesetzten Klassenkräfte abhängen. Der Schlüssel zum Sieg der Arbeiterklasse wird dabei die rechtzeitige Schmiedung einer leninistisch-trozkistischen Avantgardepartei sein, die in den fortgeschrittensten Schichten des Proletariats verwurzelt ist.

Die LTS/FT-CI behandelt die kubanische Bürokratie, als wäre deren Ziel die Zerstörung des kubanischen Arbeiterstaates. So behauptet sie, Kubas Armee, die Revolutionären Streitkräfte, sei „die Avantgarde der kapitalistischen

Restauration“ im heutigen Kuba. Diese Auffassung widerspricht grundlegend Trotzki's Verständnis von der stalinistischen Bürokratie als einer widersprüchlichen Kaste, einem parasitären Geschwür am Arbeiterstaat und an dessen kollektivistischen Eigentumsformen. Mit ihrem dumpfen Bürokratismus, ihren Lügen, ihrer Korruption und ihren Zugeständnissen an den Kapitalismus trägt die Bürokratie gewiss dazu bei, einer möglichen Konterrevolution den Weg zu ebnet. Doch sie (oder einen Teil von ihr) als „die Avantgarde der kapitalistischen Restauration“ zu bezeichnen ist eine unerhörte Beschönigung des US-Imperialismus, der katholischen Kirche, der konterrevolutionären Exilkubaner und von Rechten innerhalb Kubas wie den „Dissidentinnen“ von Las Damas de Blanco („Damen in Weiß“).

Um ihre Spuren zu verwischen, versucht die LTS/FT-CI einen Unterschied zu machen zwischen den gegenwärtigen herrschenden Bürokraten und Che Guevara, Fidel Castros Waffenbruder. Wie viele andere Linke lobt die LTS/FT-CI Ches „Internationalismus“ und behauptet in ihrem Artikel, dass er sich „einer konsequenten Strategie für internationale sozialistische Revolution“ angenähert habe. Guevaras Ermordung durch die CIA 1967 in Bolivien, als er eine kleine bäuerliche Guerillagruppe anführte, macht ihn zu einer Heldenfigur. Doch seine Strategie, die auf den Bauern basierte, brachte so vielen Kämpfern ein tragisches Ende und war eine unverhohlene Absage an den Marxismus, in nichts zu unterscheiden von dem, was andere Stalinisten aus der „Dritten Welt“ als Guerillakampf propagierten.

Die LTS/FT-CI unterstützt auch Guevaras Wirtschaftspolitik in den frühen 1960er-Jahren, als er Industrieminister war, gegenüber Kubas neuerer Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung und Dezentralisierung. Guevara akzeptierte genauso wie seine Mit-Stalinisten den Rahmen des „Aufbaus des Sozialismus“ auf einer einzigen kleinen, armen und belagerten Insel. Seine wirtschaftlichen Ansichten waren bestimmt durch eine besonders voluntaristische und utopische Sorte des Stalinismus, der charakteristischerweise in „moralischen Anreizen“ anstelle von materiellen den Weg zu schneller Industrialisierung sah. Dies führte in hohem Maße zu Missbrauch und Verschwendung materieller und menschlicher Ressourcen. Guevara tat die Sehnsucht der Arbeiter nach einem anständigen Lebensstandard als „bürgerliche Ideologie“ ab und trug so dazu bei, die vollständige politische Entmündigung des Proletariats durch die kubanische Regierung durchzusetzen.

Die Behauptung der LTS/FT-CI, in Kuba sei die kapitalistische Restauration im Gange, soll es ihnen erleichtern, die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates gegen eine Konterrevolution fallen zu lassen. Genau das tat nämlich dieser Verein vor zwei Jahrzehnten bei seiner Unterstützung prokapitalistischer Kräfte in der UdSSR, der DDR und den osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten. Seine Gesinnungsgenossen in der argentinischen Partido de los Trabajadores Socialistas erhoben damals sogar die skandalöse Forderung nach „Verteidigung des Rechtes der deutschen Massen auf Vereinigung, wie auch immer diese sie wünschen, selbst wenn sie beschließen sollten, dies im Rahmen des Kapitalismus zu tun“ (*Avanzada Socialista*, 30. März 1990)! Das lief auf einen Blankoscheck für den kapitalistischen Anschluss der DDR durch den westdeutschen Imperialismus hinaus.

Falsche Vergleiche mit Lenins NÖP

Einige akademische Apologeten der in Kuba vorgeschlagenen marktorientierten Reformen haben auf Lenins Neue



Che Guevara, damaliger kubanischer Industrieminister, geißelt US-Imperialisten auf Interamerikanischer Wirtschafts- und Sozialkonferenz in Uruguay, August 1961

Ökonomische Politik (NÖP) hingewiesen, die 1921 in den Sowjetrepubliken eingeführt wurde und Zugeständnisse an die Bauern gestattete in Form eines inneren Marktes, in dem landwirtschaftliche Erzeugnisse gegen Industriewaren eingetauscht werden konnten. In seinem Buch *Russia: From Real Socialism to Real Capitalism* (2005) argumentierte der kubanische Historiker Ariel Dacal, „das große Verdienst dieser Politik, wenn auch auf widersprüchliche Weise“, sei es, dass sie „eine alternative Entwicklung, nicht hin zum Kapitalismus“, in nichtentwickelten Ländern gewesen sei. Solche Ansichten werden von Teilen der Linken auf der ganzen Welt geteilt. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die NÖP heißt es in einer Erklärung der Party for Socialism and Liberation aus den USA, die die kubanischen Reformen rechtfertigt: „Dies ist nicht das erste Mal, dass eine kommunistisch geführte Regierung zur Ausweitung des privaten Marktes zurückgekehrt ist“ („A Marxist Analysis of Cuba's New Economic Reforms“ [Eine marxistische Analyse von Kubas neuen Wirtschaftsreformen], psl.web.org).

Die sowjetische NÖP war kein langfristiges Entwicklungsmodell, sondern ein vorübergehender Rückzug nach den Zerstörungen des Bürgerkriegs in einer rückständigen, vorwiegend bäuerlichen Wirtschaft, in der die Industrie zusammengebrochen und völlig desorganisiert war. Die NÖP konnte zwar das Wirtschaftsleben erfolgreich wiederbeleben, sie bereicherte aber auch eine Schicht von Spekulanten, Kleinhändlern und wohlhabenden Bauern, die dann auf den Apparat des Arbeiterstaates einen zerstörerischen Einfluss ausübten. Die frühe NÖP-Gesetzgebung, die unter Lenins direkter Anleitung abgefasst wurde, hatte Lohnarbeit und Landerwerb streng begrenzt. Doch 1925 wurden diese Beschränkungen durch Stalins Regime weitgehend liberalisiert. Trotzki's Linke Opposition, die sich gegründet hatte, um gegen die wachsende bürokratische Degeneration zu kämpfen, forderte, die Steuern für die reichen Bauern zu erhöhen, um die Industrialisierung zu finanzieren, und systematisch großangelegte, mechanisierte landwirtschaftliche Kollektivwirtschaft einzuführen. Ende der 1920er-Jahre, als die konterrevolutionäre Bedrohung durch die neue Schicht reicher Bauern und Händler die UdSSR an den Rand einer Katastrophe brachte, wandte sich Stalin verspätet gegen seinen einstigen Verbündeten Nikolai Bucharin und begann auf die ihm eigene typisch brutale und bürokratische Weise die Landwirtschaft zu kollektivieren.



Fidel Castro mit Chiles Salvador Allende (links), der 1970 zum Präsidenten gewählt wurde; mit dem nicaraguanischen Führer Daniel Ortega (rechts) in den 1980er-Jahren. Kubanisches Regime unterstützte bürgerliche Volksfront in Chile und ermahnte Sandinisten, kein „weiteres Kuba“ zu schaffen

Selbst als sie die NÖP durchführten, kämpften Lenins und Troztkis Bolschewiki mit aller Macht für die Ausweitung der Errungenschaften des Oktober auf die Arbeiter der Welt. Sie bauten die Dritte (Kommunistische) Internationale auf, um die Kämpfe revolutionärer Marxisten international anzuleiten und zu vereinen. Eine solche Politik ist der der Stalinisten völlig entgegengesetzt, die stattdessen die Interessen des Weltproletariats ihren Bemühungen, sich bei „fortschrittlichen“ kapitalistischen Regimen einzuschmeicheln, unterordnen.

Stalinismus: Verrat durch Klassenkollaboration

Dass Kuba dem Koloss US-Imperialismus die Stirn bietet, hat über die Jahre hinweg eine große Anzahl militanter Arbeiter und radikaler Jugendlicher in Lateinamerika und anderswo inspiriert. Doch das bedeutet nicht, dass das kubanische Regime an sich radikaler ist als seine stalinistischen Pendanten anderswo. Auch das Pekinger Regime wurde während seiner ersten beiden Jahrzehnte unter Mao von impressionistischen westlichen Linken als revolutionäre Alternative zu Moskau angesehen. Wir warnten schon 1969 – angesichts der ungeheuren industriellen und militärischen Kapazitäten der Sowjetunion – vor der zunehmenden objektiven Möglichkeit einer Übereinkunft zwischen den USA und China, eine Vorhersage, die bald eintreten sollte. Der springende Punkt ist, dass *alle* stalinistischen Bürokratien durch Klassenkollaboration auf internationaler Ebene gekennzeichnet sind, egal wie ihre unmittelbare Politik im Einzelfall auch aussehen mag und welchem Druck sie dabei gerade nachgeben. Unterschiede im Verhalten und in der Rhetorik erklären sich einfach daraus, in welchem Ausmaß sie von direkter imperialistischer Feindschaft bedroht sind.

Die Außenpolitik der kubanischen Bürokratie hat die Interessen der arbeitenden Massen Lateinamerikas auf kriminelle Weise verraten. In den 1960er-Jahren unterstützte Fidel Castro bürgerliche Nationalisten wie João Goulart in Brasilien und begrüßte die peruanische Militärjunta als „eine Gruppe fortschrittlicher Offiziere, die eine revolutionäre Rolle spielen“. Anfang der 70er-Jahre unterstützte er Salvador Allendes bürgerliches Volksfront-Regime in Chile, dessen politische und physische Entwaffnung des Proletariats dem Militärputsch Pinochets von 1973 und dem Massaker an mehr als 30000 Linken und Arbeitern den Weg ebnete.

Als die Massen Nicaraguas unter der Führung der radikalen kleinbürgerlich-nationalistischen Sandinisten 1979 die Somoza-Diktatur stürzten und den kapitalistischen Staat zerschlugen, stand einer sozialistischen Revolution nichts mehr im Wege. Wir sagten: „Verteidigt, vollendet die nicaraguanische Revolution, weitet sie aus!“ Doch Castro riet der Sandinista-Regierung, „die frühen Fehler, die wir in Kuba gemacht haben, zu vermeiden“, wie zum Beispiel „verfrühte Frontalangriffe auf die Bourgeoisie“. Die Sandinisten blie-

ben bei einer „gemischten Wirtschaft“, was bedeutete, dass die Kapitalisten nie als Klasse zerstört wurden. Die USA finanzierten einen schmutzigen Krieg der von der CIA unterstützten Contras, und ein Jahrzehnt später konnte die nicaraguanische Bourgeoisie ihre Herrschaft wieder durchsetzen und die Revolution besiegen. Das Ergebnis der Politik von „friedlicher Koexistenz“ der kubanischen Führer ist letztendlich die fortgesetzte Verelendung der lateinamerikanischen Massen und die weitere Isolierung der Kubanischen Revolution.

Unter den pseudomarxistischen Tendenzen, die die Castro-Bürokratie Kubas politisch unterstützen, ist besonders die Internationale Marxistische Tendenz (IMT) von Alan Woods bekannt. In den letzten Jahren gelang es Woods, innerhalb Kubas als „Trotzkist“ aufzutreten, auch bei gelegentlichen Vortragsreisen. Die Vorbedingung für solche Aktivitäten ist die unverblühte Verherrlichung Fidel Castros durch die IMT und ihre felsenfeste Ablehnung des trotzkistischen Aufrufs einer proletarisch-politischen Revolution.

Die IMT hat eine jahrzehntelange Vergangenheit der politischen Auflösung in sozialdemokratische oder sogar gänzlich kapitalistische Parteien, von der britischen Labour Party bis zu Mexikos bürgerlicher Partei der Demokratischen Revolution. Heute geben Woods & Co., wie auch die kubanische Bürokratie, dem kapitalistischen starken Mann Venezuelas, Hugo Chávez, und seinem angeblichen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ politische Unterstützung. Sie schreiben:

„Die Venezolanische Revolution stellt zusammen mit Kuba einen Anziehungspunkt dar, um den sich die Revolutionen in Bolivien, Ecuador und anderen Ländern scharen können. Die von Präsident Chávez ergriffene Initiative zur Gründung einer Fünften Internationale, die dem Sturz von Imperialismus und Kapitalismus verpflichtet ist, sollte von den kubanischen Revolutionären auf leidenschaftlichste unterstützt werden. Das ist die Hoffnung für die Zukunft!“ („Where Is Cuba Going? Towards Capitalism or Socialism?“ [Wohin geht Kuba? In Richtung Kapitalismus oder Sozialismus?], marxist.com, 17. September 2010)

Chávez, ein ehemaliger Armeeoberst, kam durch den Prozess bürgerlicher Wahlen an die Macht und regiert einen kapitalistischen Staat, in dem die venezolanische Bourgeoisie und die Imperialisten weiterhin blühende Geschäfte machen, so feindlich sich Washington auch gegenüber seinem Regime gezeigt hat. Seine fragmentarischen Verstaatlichungen sind keine Herausforderung an das kapitalistische Privateigentum, genauso wenig wie es die Verstaatlichungen seitens anderer nationalpopulistischer Caudillos waren, z. B. Lázaro Cárdenas im Mexiko der 1930er-Jahre oder Juan Perón im Argentinien der 1940er-Jahre (siehe: „Venezuela: Break with Bourgeois Populism! For Workers Revolution!“ [Venezuela: Brecht mit dem bürgerlichen Populismus! Für

Arbeiterrevolution!], *WV* Nr. 907, 1. Februar 2008). Indem die IMT diese bürgerlichen Politiker als „antikapitalistisch“ durchgehen lässt, trägt sie ihren eigenen kleinen Teil dazu bei, die venezolanischen arbeitenden Massen unter dem Stiefel imperialistischer Plünderer zu halten.

Seit 2000 ist Venezuela Kubas Haupthandelspartner und liefert Öl im Austausch für etwa 20000 kubanische Ärzte und Lehrer. Kubas gegenwärtige Abhängigkeit von Chávez' Fähigkeit (und Wunsch), seine populistische Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagne durch den Import kubanischer Fachkräfte zu subventionieren, ist gelinde gesagt eine äußerst instabile Grundlage für wirtschaftliches Überleben.

Kuba am Scheideweg

Im April 2010 schrieb Esteban Morales, ein ranghoher schwarzer Intellektueller der Kommunistischen Partei, Direktor des Zentrums für US-Studien an der Universität von Havanna und regelmäßiger politischer Kommentator im kubanischen Fernsehen, einen Artikel mit der Überschrift „Korruption: Die wahre Konterrevolution?“ Er führte aus:

„Wenn man heute die interne Lage Kubas genau betrachtet, kann man keinen Zweifel daran haben, dass die Konterrevolution nach und nach Positionen auf bestimmten Ebenen des Staates und der Regierung einnimmt. Zweifelsohne kann man inzwischen sehen, dass es Leute in Regierungs- und Staatspositionen gibt, die sich finanziell auf den Sturz der Revolution vorbereiten, und andere haben vielleicht fast schon alles vorbereitet, um staatlichen Besitz in Privateigentum zu überführen, so wie es in der ehemaligen UdSSR geschah.“

Einen Monat nach dem Erscheinen dieses Artikels wurde bekannt, dass Morales aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war; nach einer Berufung wurde er diesen Sommer wieder aufgenommen.

Das Castro-Regime beteuert, dass Korruption ihren Ursprung bei opportunistischen Einzelpersonen hat, die in den staatlichen Verwaltungsapparat aufgestiegen sind, während der Kern der historischen Führung der Kommunistischen Partei der Bewahrung des kubanischen Arbeiterstaates unumstößlich treu ergeben ist. In Wirklichkeit ist Korruption eine *direkte Folge* stalinistischer bürokratischer Herrschaft und sickert in jede Pore der kubanischen Gesellschaft ein. Jeder weiß, dass man die notwendigen Waren bekommen kann, wenn man die richtigen Leute kennt, warum also für nichts hart arbeiten? Nur ein Regime der Arbeiterdemokratie kann die notwendige Arbeitsmoral vermitteln, bürokratischen Missbrauch von Ressourcen verhindern und Tendenzen zu kapitalistischer Restauration Einhalt gebieten.

Das kubanische Regime hat versucht, sich durch periodische Säuberungen und „Anti-Korruptions“-Kampagnen gegen Kritik zu wappnen, und hat hin und wieder einige seiner „Liberalisierungs“-Maßnahmen rückgängig gemacht. Dies geschah *nicht deshalb*, weil die Stalinisten der Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft unverbrüchlich ergeben sind. Die Bürokratie Havannas ist keine soziale Klasse; ihre Mitglieder besitzen keine Aktien der Staatsindustrie und können kein Eigentum an den Produktionsmitteln an die Erben der Bürokraten vererben. Sie ist vielmehr eine parasitäre und widersprüchliche Formation, die zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und der kubanischen Arbeiterklasse balanciert. Wie Trotzki über die Sowjetbürokratie schrieb: „Sie verteidigt das Staatseigentum nur deshalb auch weiterhin, da sie das Proletariat



W.I. Lenin spricht vor III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau, 1921

A. I. Savelyev

fürchtet.“

Insoweit das Reformprogramm der kubanischen Stalinisten eine neue Schicht von Kleinkapitalisten hervorbringt, werden diese naturgemäß ihre eigenen Interessen entwickeln, die denen des Arbeiterstaates entgegengesetzt sind. Gleichzeitig ist es aber möglich, dass die Schritte des Regimes erheblichen Widerspruch bei der Bevölkerung hervorrufen und die politische Macht der Bürokratie zu bröckeln beginnt, was einen fruchtbaren Boden liefert, unter Arbeitern und fortgeschrittenen Intellektuellen, die einen Weg zum authentischen Marxismus suchen, eine leninistischer-trotzkistische Partei zu schmieden.

Als Trotzki in den 1930er-Jahren den Weg vorwärts für die sowjetische Arbeiterklasse umriss, betonte er: „Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden zu ändern, nach denen Wirtschaft und Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschertum muss der Sowjetdemokratie Platz machen.“ Das Übergangsprogramm von 1938, Gründungsdokument der Vierten Internationale, zählte Schlüsselemente des Programms für eine proletarisch-politische Revolution auf, darunter:

„*Neuaustrichtung der Planwirtschaft* von oben bis unten, den Bedürfnissen der Produzenten und Konsumenten entsprechend! Die Fabrikausschüsse müssen das Kontrollrecht über die Produktion wiedererhalten. Demokratisch organisierte Konsumgenossenschaften müssen die Kontrolle über die Qualität der Erzeugnisse und ihre Preise in die Hand nehmen.

Neuorganisation der Kolchosen in Übereinstimmung mit den Wünschen und Interessen der dort Arbeitenden!

Die reaktionäre *internationale Politik* der Bürokratie muss durch die Politik des proletarischen Internationalismus ersetzt werden.“

Ein isolierter und rückständiger Arbeiterstaat, sogar einer, der viel größer ist und mehr Ressourcen besitzt als Kuba, kann das Niveau der Arbeitsproduktivität in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern nicht erreichen, geschweige denn übertreffen. Nur erfolgreiche sozialistische Revolutionen weltweit, vor allem in den imperialistischen Zentren, können den Mangel beseitigen und den Weg für eine weltweite kommunistische Gesellschaft öffnen. Die IKL hat das Ziel, die Vierte Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution, als die notwendige Führung dieses Kampfes wiederzuschmieden. ■



Kanzlerin Angela Merkel und französischer Präsident Nicolas Sarkozy auf jüngstem G20-Treffen in Cannes bei ihren Plänen für ihre EU-Herrschaft

Nieder mit der EU...

Fortsetzung von Seite 2

Kahlschlagspolitik führen, da sie die EU politisch unterstützen und ganz allgemein der bürgerlichen Ordnung verpflichtet sind. Die Führer des Hauptverbandes der spanischen Gewerkschaften sind mit der PSOE verbündet, während in Griechenland die Hauptdachverbände der Gewerkschaften von Unterstützern der PASOK geleitet werden – das sind genau die Parteien, die noch bis vor kurzem bei der Durchsetzung der Kahlschlagsprogramme dieser Länder federführend waren. Die Reformisten akzeptieren die auf Klassenzusammenarbeit hinauslaufende Lüge, dass Arbeiter und Ausbeuter ein gemeinsames „nationales Interesse“ haben und dass deshalb die Arbeiter in einer Wirtschaftskrise ihren „gerechten Anteil“ an Opfern erbringen müssen. Aber Arbeiter und Kapitalisten haben *entgegengesetzte Klasseninteressen*. Wirtschaftliche Krisenzyklen gehören zum kapitalistischen System und werden erst beseitigt sein, wenn das Proletariat die Macht übernommen und sich das Produktivvermögen der Bourgeoisie angeeignet hat.

Klassenkampf in Deutschland und in Frankreich in Solidarität mit den griechischen, italienischen, spanischen und portugiesischen Arbeitern würde nicht nur deren Kämpfe gegen die Austeritätspolitik auf eine breitere Basis stellen, sondern auch den Arbeitern in ganz Europa helfen, sich vom Nationalismus zu befreien und mit ihrer eigenen Bourgeoisie zu brechen. In Deutschland hat die auf Klassenzusammenarbeit ausgerichtete Politik der SPD eine wesentliche Rolle dabei gespielt, dass die deutsche Bourgeoisie ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Rivalen erhöhen konnte. Die Koalitionsregierung aus SPD und Grünen von 1998 bis 2005 war entscheidend verantwortlich dafür, durch Lohnkürzungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und Angriffe auf den „Sozialstaat“ – vor allem durch die „Hartz“-Reformen, die die Arbeitslosigkeit reduzierten und die Sozialleistungen massiv senkten – die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die Nutzung befristeter Arbeitsverhältnisse nahm dramatisch zu, und ein riesiger Niedriglohnssektor wurde geschaffen. Bei einem durchschnittlichen Reallohnrückgang um 7,4 Prozent in den Jahren 2000 bis 2010 sind inzwischen 1,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte auf

zusätzliche Sozialleistungen angewiesen.

Zwar besaß Deutschland bereits die größte Wirtschaft in Europa, doch seine gestiegene Wettbewerbsfähigkeit erklärt, weshalb es auf dem Kontinent das Sagen hat. Natürlich kommt die gesteigerte Profitabilität der deutschen Kapitalisten geradewegs aus den Geldbeuteln der deutschen Arbeiterklasse. Dadurch wird die Verbindung zwischen den Kämpfen gegen Imperialismus im Ausland und gegen kapitalistische Herrschaft im eigenen Land deutlich. Vor allem ist es notwendig, revolutionäre internationalistische Parteien in Deutschland und anderswo zu schmieden, die in der Lage sind, die arbeitenden Massen so zu führen, dass ihr Kampf für die unmittelbaren Lebensbedürfnisse ein Teil des Kampfes für die Herrschaft der Arbeiter wird.

EU: Von der antisowjetischen Allianz zum imperialistischen Konsortium

Der Zweck der von Deutschland und Frankreich beherrschten EU liegt vor allem darin, die Interessen der imperialistischen Mächte und ihrer Juniorpartner bei der Ausbeutung ihrer eigenen Arbeiterklassen zu fördern und die abhängigeren Staaten, wie Griechenland und viele osteuropäische Länder, als Sommerurlaubsziel oder Hinterhof mit Fertigung zu Billiglöhnen zu benutzen. Wir haben die EU und ihre Vorgänger von jeher konsequent abgelehnt. So schrieben wir in „Labor and the Common Market“ (Arbeiterbewegung und der Gemeinsame Markt, *WV* Nr. 15, Januar 1973):

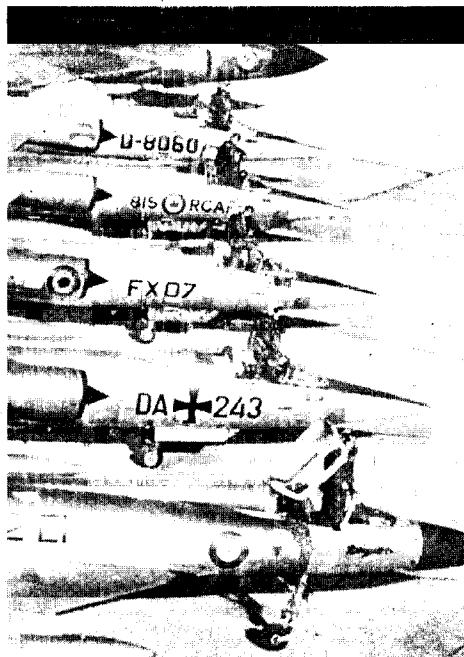
„Im imperialistischen Zeitalter sind Allianzen zwischen kapitalistischen Staaten, einschließlich ihrer wirtschaftlichen Aspekte, gegen andere Staaten gerichtet, sowohl fortgeschrittene als auch rückständige. Der Gemeinsame Markt ist im Wesentlichen eine instabile Allianz zwischen dem französischen und dem deutschen Kapitalismus auf der Grundlage reaktionärster Wirtschaftspolitik.“

Die EU ist ein zerbrechliches Gebilde, das wegen der ungleichartigen nationalen Interessen der europäischen Imperialisten ständigen Spannungen ausgesetzt ist, die sie fortwährend auseinanderzureißen drohen. Und es kann auch gar nicht anders sein. Obwohl die Produktivkräfte schon längst über den nationalen Rahmen hinausgewachsen sind, ist der Kapitalismus ein System, das von seinem Wesen her auf Nationalstaaten beruht: Jede der unterschiedlichen nationalen Kapitalistenklassen braucht ihren eigenen Staat, um ihre Interessen im eigenen Land und im Ausland durchzusetzen und zu verteidigen. Daher ist unter dem Kapitalismus das Ziel einer politischen Union oder eines europäischen Superstaates notwendigerweise reaktionär und eine leere Utopie.

Wie W.I. Lenin, der Führer der proletarischen Oktoberrevolution von 1917 in Russland, schrieb:

„Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte...“ („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, August 1915).

Lenin betonte, dass die Verteilung der Profite unter den imperialistischen Rivalen letzten Endes durch *Gewalt* entschieden wird. Dieses Verständnis widersprach den Auffassungen des deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky, dessen Fantasie von einem „Ultrimperialismus“ eine friedliche Lösung solcher Konflikte postulierte und eine proletarische Revolution für unnötig erklärte. Lenin betonte: „Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wieder herzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.“



Authentic News International



Spartakist

Links: NATO-Jets, Teil des antisowjetischen Waffenarsenals des Kalten Krieges. Rechts: Spartakisten auf Demo 1982 in Bonn. IKL lehnte imperialistischen Handelsblock EU, ursprünglich als wirtschaftliches Anhängsel der NATO entstanden, immer konsequent ab, fordert die „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!“

Die Ursprünge der Europäischen Union reichen zurück bis in die 1950er-Jahre, als die westeuropäischen Imperialisten unter Führung der USA versuchten, ihre Allianz gegen die Sowjetunion durch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu festigen. Das aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Sowjetrußland war trotz seiner Degeneration unter Stalin immer noch ein Arbeiterstaat – basierend auf der Enteignung der Kapitalisten und der Kollektivierung der Produktionsmittel. Mit einer Planwirtschaft ausgestattet, stellte die UdSSR Arbeitsplätze, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Ausbildung für alle zur Verfügung, in scharfem Gegensatz zu den Verwüstungen des Kapitalismus, die heutzutage nur zu offensichtlich sind. Wir Trotzlisten verteidigten die Sowjetunion bedingungslos gegen die Imperialisten, die immer schon danach trachteten, sie zu zerstören.

Unsere grundsätzliche Ablehnung sowohl der NATO – der gegen die Sowjetunion gerichteten Militärallianz nach dem Zweiten Weltkrieg – als auch der EU und ihrer Vorläufer war verbunden mit unserer Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und der DDR. Mit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 verschwand die antisowjetische Funktion von NATO und EU. Die EU blieb ein imperialistischer Handelsblock. Während die USA die militärische Oberherrschaft behielten, ließ aber ihre wirtschaftliche Schlagkraft nach.

Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 machte der französische Präsident François Mitterrand Frankreichs Einverständnis zur deutschen Wiedervereinigung – die verwirklicht wurde, indem das kapitalistische Westdeutschland die DDR verschlang – von der Übereinkunft der beiden Länder über eine gemeinsame Währung abhängig. Dies sollte ein wiedererstarktes Deutschland davon abhalten, andere europäische Länder, vor allem Frankreich, rücksichtslos unterzubuttern. Zusätzlich würde die Währung eine Waffe gegen die internationale Vorherrschaft des US-Dollars sein. Doch die Einigkeit dieser beiden imperialistischen Mächte ist selbst konfliktbeladen, wie die Debatten über das Vorgehen in der gegenwärtigen Krise der Eurozone zeigen.

Der Vertrag von Maastricht 1992 autorisierte die Einführung des Euro, der erstmals 1999 gehandelt wurde, bevor er

2002 als tatsächliches Geld für Konsumenten eingeführt wurde. Die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) lehnte den Vertrag anfangs ab, weil sie fürchtete, er würde zu einer Vormachtstellung des deutschen Imperialismus gegenüber dem französischen Imperialismus führen, d. h. sie lehnte ihn vom reaktionären Standpunkt des französischen Nationalismus aus ab. Später machte die PCF ihren Frieden mit dem Euro. Das gilt auch mehr oder weniger für die gesamte europäische Linke, die entweder die EU ausdrücklich unterstützt oder behauptet, sie sei ein Rahmen, der zur Verbesserung der Lage der Werktätigen genutzt werden könne (ein „soziales Europa“).

Der Vorläufer der Liga für die Fünfte Internationale (in Deutschland die Gruppe Arbeitermacht) und seine britische Gruppe Workers Power sprachen sich bei dem Volkentscheid über den Maastricht-Vertrag 1992 für Stimmenthaltung aus. Sie waren von der Sozialcharta der EU mit ihren leeren Versprechungen, Arbeiterrechte, Gleichheit der Geschlechter und Ähnliches zu garantieren, so begeistert wie die britische Labour Party. *Workers Power* (Juni 1992) argumentierte, dass „die Bedingungen des Maastrichter Abkommens auch eine Basis für die Ausweitung von Rechten und Errungenschaften auf solche Staaten sein könnten, wo die Arbeiterklasse diese Errungenschaften nie gewonnen hatte oder wo sie sie verloren hat“, und fügte hinzu, dass „die europäischen Arbeiter nach der Inkraftsetzung der Maastrichter Bedingungen bis zu einem gewissen Grad besser gerüstet sein werden, um auf kontinentaler Ebene zurückzuschlagen“. Die französische Gruppe Lutte Ouvrière (LO) schrieb 2005 ganz ähnlich: „Wenn auch auf kapitalistischer Grundlage mit all den dazugehörigen Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten, so repräsentiert die Europäische Union doch in gewissen Bereichen einen Fortschritt.“ *Workers Power* und LO sind moderne Kautskyaner, Lakaien des Kapitals mit einem rührenden Vertrauen in den „demokratischen“ Imperialismus und seine verschiedenen Bündnisse.

Opposition zur EU und zum Euro findet sich hingegen in Teilen des bürgerlichen Lagers. Ein Teil der deutschen Bourgeoisie stand dem Euro schon immer äußerst skeptisch gegenüber und war der Meinung, dem deutschen Imperialismus wäre mit der D-Mark besser gedient. Auch unter den britischen Tories gibt es starke EU-feindliche Empfin-

dungen, während verschiedene faschistische und rechtsgerichtete populistische Gruppierungen die EU vom nationalchauvinistischen Standpunkt aus ablehnen. Die reformistische Linke hat die Opposition gegen die EU – die



Hannover, 5. Dezember: Bundesweite Proteststreiks von Postbank-Mitarbeitern gegen drohende Lohnkürzungen durch Deutsche Bank

von vielen Arbeitern zu Recht als ein Instrument kapitalistischer Austeritätspolitik angesehen wird – faktisch dem reaktionären rechten Flügel überlassen.

Der dritte Versuch des deutschen Imperialismus, Europa zu beherrschen

In einer Erklärung von 1997 betonte die Internationale Kommunistische Liga, dass eine gemeinsame Währung ohne einen gemeinsamen Staat nicht überlebensfähig ist:

„Die Kontrolle der Geldmenge innerhalb der eigenen Grenzen ist eine wirtschaftliche Grundvoraussetzung für einen bürgerlichen Staat, die notwendigerweise eng verknüpft ist mit anderen Instrumenten der Wirtschaftspolitik. Ein stabiles Währungssystem auf der Basis des ‚Euro‘ würde strenge und ständige Einschränkungen von Steuereinnahmen und Staatsausgaben in allen EU-Mitgliedsstaaten erfordern... Aber da der Kapitalismus auf der Grundlage einzelner Nationalstaaten organisiert ist, was die Ursache von wiederholten imperialistischen Kriegen zur Neuaufteilung der Welt ist, ist es unmöglich, einen stabilen alleuropäischen bürgerlichen Staat zustande zu bringen. Ein imperialistischer ‚Superstaat‘ Europa kann nur durch die Methoden von Adolf Hitler erreicht werden... Sollte das Maastrichter Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung zustande kommen, würde das nur auf eine kurze, konfliktreiche Episode hinauslaufen.“ („Für ein Arbeitereuropa – Für sozialistische Revolution!“, *Spartakist* Nr. 129, September/Oktober 1997)

Wir haben jetzt die erste wirklich ernsthafte Weltwirtschaftskrise, seit diese Erklärung geschrieben wurde, und die Konflikte, die in Europa auftreten, drohen die EU rasch an den Punkt einer Implosion zu bringen. Hinter dieser offensichtlichen Zersplitterung stecken die dem Währungssystem der EU innewohnende Instabilität und die Tatsache, dass die EU aus Nationalstaaten mit verschiedenen hoher Arbeitsproduktivität besteht. Diese von der Krise verschärften Unterschiede spiegeln sich in den Unterschieden bei der öffentlichen Kreditaufnahme und in dem Zinsgefälle bei Staatsanleihen wider.

Der deutsche Imperialismus machte durch Lohnsenkungen zu Hause und durch die Einführung des Euro riesige

Profite, und er hätte gerne, dass es so bleibt. Seit Jahren hat Deutschland einen Handelsbilanzüberschuss zu verzeichnen, der durch massive private und öffentliche Verschuldung anderer Staaten der Eurozone finanziert und durch die Tatsache in die Höhe getrieben wird, dass mit Hilfe der Gemeinschaftswährung deutsche Industrieexporte in der gesamten Eurozone billig bleiben. Die deutsche Bourgeoisie hat nicht die Absicht, den Überschuss zu reduzieren, und argumentiert, dies sei das Problem der Länder mit einem Handelsbilanzdefizit.

Normalerweise hat jedes Land seine eigene Währung, und ein Schuldnerland kann sich etwas Linderung verschaffen und seine Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen, indem es seine Währung abwertet. Doch dies ist in einer Währungsunion nicht möglich. Die deutsche Bourgeoisie fordert von den Schuldnerländern Kürzung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen. Ein anderer Vorschlag ist, dass das deutsche Kapital den ärmeren Ländern der Eurozone größere Geldmittel borgt – doch dies wird von der deutschen Bourgeoisie entschieden abgelehnt. In einem Online-Artikel der *Financial Times* (13. September 2011) über den Zusammenbruch der Eurozone schrieb Martin Wolf:

„Von einem italienischen politischen Entscheidungsträger hörte ich folgendes: ‚Wir haben die alten Sicherheitsventile der Inflation und der Abwertung zugunsten niedrigerer Zinssätze aufgegeben, doch jetzt haben wir nicht einmal mehr die niedrigen Zinssätze.‘ ... Und nicht zuletzt: ‚Es wäre besser, auszusteigen, als 30 Jahre lang Schmerzen zu ertragen.‘ Diese Bemerkungen zeugen von einem Vertrauensverlust sowohl in das Projekt als auch in die Partner.“

Unter der von der deutschen Bourgeoisie diktierten Politik gibt es für die Schuldnerstaaten keinen Ausweg. Die scharfen Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben hatten einen vorhersehbaren deflationären Effekt: die griechische Wirtschaft ist seit dem vorigen Jahr um 7,5 Prozent geschrumpft. Eine kleinere Wirtschaft bedeutet weniger Steuereinnahmen, was das Defizit weiter erhöht und umgehend Forderungen nach weiteren Sparmaßnahmen auslöst. Gleichzeitig warnen viele bürgerliche Experten überall hysterisch davor, wie schlimm es werden könnte, wenn Griechenland die Eurozone verlassen würde. Doch das hängt von den auferlegten Bedingungen ab. Nachdem Argentinien seine Währung an den US-Dollar gebunden hatte, versank seine Wirtschaft in einer tiefen Rezession, und 2001 ging das Land bankrott. Investoren in argentinische Staatsanleihen verloren über 70 Prozent ihres Geldes, was international bei den Banken einen Aufschrei der Empörung auslöste. Nach dem Bankrott löste Argentinien seine Dollarbindung, und die Wirtschaft erholte sich, doch erst als der Durchschnittslohn um 30 Prozent gefallen war.

Das Beispiel Argentinien zeigt anschaulich, dass Griechenland vielleicht besser dran wäre, wenn es den Staatsbankrott erklärte und die Eurozone verließ und dabei seine eigene Währung wieder einführt. Aber, obgleich dies möglicherweise eine Befreiung von der Abwärtsspirale mit sich brächte, so würde doch ein Verlassen der Eurozone das griechische Proletariat nicht vor dem weltweiten Wirtschaftsabschwung und vor kapitalistischer Verwüstung schützen. In Britannien (das in der EU ist, aber der Eurozone nicht angehört) ist die Tory-Regierung von David Cameron genauso fest entschlossen, Staatsausgaben zu kürzen, wie seine Amtskollegen auf dem Kontinent. Am 30. November organisierten öffentliche Beschäftigte einen massiven eintägigen Streik

gegen die Sparmaßnahmen, darunter drohende Entlassungen und eine Verlängerung des Lohnstopps. Für Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, imperialistischen Krieg und die anderen Verwüstungen durch den niedergehenden Kapitalismus ist eine sozialistische Revolution die einzige Lösung.

Deutsch-französische Achse rattert vor sich hin, bis sie bricht

Aus Sorge um die Stabilität der Eurozone (und der französischen Wirtschaft) unterstützte Präsident Nicolas Sarkozy bisher die Einführung von Euro-Bonds – ein Plan zur Ausgabe gemeinsamer Anleihen durch die Staaten der Eurozone – oder alternativ den Direktankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank, um Länder zu retten, die sich in Schwierigkeiten befinden. Doch Merkel hat dem nicht zugestimmt, weil sie weiß, dass letztendlich das Geld für diese Pläne aus Deutschland kommen wird. Auch die Obama-Regierung hat Merkel eindringlich gebeten, mehr Geld aufzubringen. Der springende Punkt ist aber, dass nichts passiert, was für Berlin nicht akzeptabel ist. Als Gläubigernation betonen die Deutschen die Notwendigkeit ausgeglichener Haushalte und eines starken Euro (die D-Mark in Verkleidung), wobei Inflation als die schlimmste Sache der Welt angesehen wird. Dies begründet man mit dem Hinweis auf zwei deutsche Inflationsperioden, 1923 und nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei man die gleichermaßen katastrophale Deflationspolitik während der Wirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre außer Acht lässt.

Als EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso die Einführung von Euro-Bonds unter der Bezeichnung „Stabilitätsbonds“ vorschlug, brachte das rechtsgerichtete deutsche Boulevardblatt *Bild* (23. November 2011) die Schlagzeile: „Briten, Amerikaner und die ganze EU – Alle wollen unser Geld!“ Derweil erhob in Frankreich Jacques Attali, ehemaliger Berater von Mitterrand, den Vorwurf, dass Deutschland im vergangenen Jahrhundert Europa schon zweimal in selbstmörderische Kriege geführt habe, und sagte: „Heute ist es erneut Deutschland, das die Waffe zum kollektiven Selbstmord des Kontinents in der Hand hält.“ Die PCF stimmte dem zu, indem sie Sarkozy beschuldigte, Merkel in der Krise nachgegeben zu haben und an einem „finanzpolitischen München“ mitgewirkt zu haben, eine Bezugnahme auf die Entscheidung Frankreichs und Britanniens 1938, von einer Kriegserklärung an Hitlerdeutschland wegen dessen Besetzung des Sudetenlandes Abstand zu nehmen.

Bei dem EU-Gipfel Ende Oktober wurden die Staatshäupter der zehn Länder, die nicht der Eurozone angehören, von der Diskussion über die Euro-Krise ausgeschlossen. Das löste eine Beschwerde des britischen Premierministers Cameron aus, der bemerkte, dass die Krise in der Eurozone auch anderswo Auswirkungen hätte, darunter auch in London, einem Weltfinanzzentrum. Sarkozy schnauzte Cameron an, der noch vor nicht allzu langer Zeit sein Waffenbruder bei der Bombardierung Libyens gewesen war: „Du hast eine gute Gelegenheit verpasst, den Mund zu halten. Wir haben es satt, dass ihr uns ständig kritisiert und sagt, was wir tun sollen. Ihr sagt, ihr hasst den Euro, und jetzt mischt ihr euch in unsere Treffen ein.“

Die EU bricht unter den Spannungen der gegensätzlichen nationalen Interessen auseinander. Die Spannungen zeigen sich auch in der Verhängung von Beschränkungen des Rechtes auf Freizügigkeit innerhalb der EU, das angeb-

lich vom Schengener Abkommen garantiert wird. 2010 wurden etwa 400000 Menschen, die in die EU einwandern wollten, an deren Grenzen angehalten. In den Niederlanden, Finnland, Dänemark und anderen Ländern Nordeuro-



1. August 2011: Afrikanische Flüchtlinge wehren sich gegen Bullen in der Nähe des Immigrantenaufnahmelagers in Bari, Italien

pas bekommen populistische immigrantenfeindliche Parteien Zulauf, genährt von chauvinistischen Regierungskampagnen, die unter dem Deckmantel des „Krieges gegen den Terror“ geführt werden und sich hauptsächlich gegen Muslime richten. Es liegt im Interesse der Arbeiterklasse eines jeden Landes, für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Flüchtlinge* zu kämpfen! *Nieder mit der EU und der rassistischen „Festung Europa“!*

SPD und Linkspartei: Retter des Kapitalismus

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands versteht, dass die Arbeiterklasse Europas und speziell das mächtige deutsche Proletariat gegen die aus der Krise entspringenden kapitalistischen Angriffe unbedingt klassenkämpferische Maßnahmen ergreifen muss. So intervenierten wir am 1. Mai 2010 mit den Losungen „Solidarität mit den griechischen Arbeitern!“ und „Klassenkampf gegen deutsche Kapitalisten!“ (*Spartakist* Nr. 183, Mai 2010). Die Haupthindernisse für einen solchen Kampf sind die reformistischen Arbeiterparteien SPD und Linkspartei zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie und den linken Gruppen, die sich an ihnen orientieren.

Im Sommer sprach sich die SPD für Euro-Bonds aus. Peer Steinbrück, ehemaliger SPD-Finanzminister, begründete dies in einem *Spiegel*-Interview (12. September 2011):

„Man muss den Menschen erklären, dass dieses Europa die Antwort ist auf 1945 und auf das 21. Jahrhundert in einer sich dramatisch verändernden Welt mit neuen Schwergewichten. Und dass Deutschland politisch, ökonomisch und gesellschaftlich von der weiteren Integration Europas profitiert. Das bedeutet: Natürlich müssen die Deutschen zahlen. Aber das Geld ist gut investiert in unsere und die Zukunft Europas, in Frieden und Wohlstand.“

Steinbrück und die SPD spielen hier mit der Angst vor einem Krieg, die in vielen Teilen Europas als Folge der beiden Weltkriege weit verbreitet ist. Das ist eine echte Dreistigkeit angesichts der Tatsache, dass die SPD-geführte Regierung während des Balkankrieges von 1999 als erste Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche

Truppen im Ausland eingesetzt hat. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der SPD und Merkel sind strikt taktischer Art und laufen auf eine Debatte darüber hinaus, was das Beste für den deutschen Imperialismus ist. Die Unterstützung der SPD für den Euro-Bonds-Plan spiegelt die Furcht wider, Merkels harte Linie könnte die EU zerstören und dabei die Gans schlachten, die dem deutschen Kapitalismus goldene Eier gelegt und es den Sozialdemokraten ermöglicht hat, weiterhin an der Tafel des deutschen Kapitals zu speisen. Die SPD ist ein Beispiel dafür, was W.I. Lenin eine bürgerliche Arbeiterpartei nannte: Parteien mit einer proletarischen Basis, vor allem mittels der Gewerkschaften, aber mit einem durch und durch prokapitalistischen Programm und einer ebensolchen Führung. Die SPD besudelte das Banner des Internationalismus der Arbeiter, als sie 1914 für die Kriegskredite des deutschen Imperialismus stimmte. Seitdem ist die SPD ein leidenschaftlicher Feind der Revolution.

Die Linkspartei – ein Zusammenschluss der ehemaligen herrschenden stalinistischen Partei der DDR mit einer Abspaltung von der SPD, einschließlich eines Teils der Gewerkschaftsbürokratie – wird von vielen Linken und klassenkämpferischen Arbeitern als Alternative zur SPD angesehen. Die Linkspartei mag etwas mehr über Solidarität mit Griechenland reden, akzeptiert aber wie die SPD den Rahmen der EU und die Gemeinschaftswährung, wobei sie erklärt, dass dieses Bündnis imperialistischer Räuber eine fortschrittlichere Politik machen sollte. So ist die Linkspartei auch für Euro-Bonds. Doch seit wann besteht Arbeitersolidarität mit den bedrängten griechischen Massen darin, die Regierung zu bitten, Bankdarlehen zu einem geringfügig verringerten Zinssatz zu gewähren?

Das linke Gesicht der Linkspartei ist ihre Vize-Vorsitzende Sahra Wagenknecht von der fehlbenannten „Kommunistischen Plattform“. Wagenknecht schlägt absurderweise vor, dass die öffentlichen Haushalte „aus der Abhängigkeit von den Kapitalmärkten befreit werden“ müssten. Dazu möchte sie eine öffentliche europäische Bank einrichten, die zinsgünstige Kredite anbietet. Nur ein eingefleischter Sozialdemokrat kann sich vorstellen, dass der Haushalt einer kapitalistischen Regierung vom kapitalistischen Markt unabhängig sein könnte! Und in Europa gibt es bereits Hunderte von Banken in öffentlichem Besitz; alle richten sich nach den Regeln des kapitalistischen Profitsystems. Wagenknechts reformistische Konzepte sind Schönfärberei, um die Rolle der Linkspartei bei der Unterstützung kapitalistischer Ausbeutung zu verschleiern. Die Linkspartei sollte eigentlich über öffentliche Haushalte Bescheid wissen, wo sie doch in Berlin und anderen Bundesländern in Regierungen eingetreten ist, die Arbeiter entlassen und öffentliche Ausgaben, insbesondere die Löhne der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, massiv gekürzt haben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat eine Menge Mitgliedsbeiträge dafür ausgegeben, um Zeitungsanzeigen für seine Kampagne „Ja zu Europa! Ja zum Euro!“ zu schalten. Derweil war die „Solidarität“ der DGB-Büro-

kraten mit der gegen die Krise kämpfenden griechischen Arbeiterklasse auf ein paar Erste-Mai-Reden und vielleicht noch einen Unterstützungsbrief beschränkt. Kein Kampf wurde gegen die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten geführt, die die unverblümtesten Befürworter der Sparmaßnahmen sind, die jetzt die griechische, portugiesische, und manch andere Arbeiterklasse so hart treffen.

Dieselbe sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie hat zum Vorankommen des deutschen Imperialismus und zu seiner beherrschenden Stellung in der EU beigetragen, als unter ihrer Leitung massive Reallohnkürzungen vollzogen wurden. Die verräterischen Gewerkschaftsführer verbreiten die auf Klassenzusammenarbeit ausgerichtete Lüge, dass das, was für Deutschland und das Unternehmen gut ist, auch für die Arbeiter gut sei. Erst kürzlich stimmte Ver.di einer 20-prozentigen Lohnkürzung für alle Neueinstellungen bei der Lufthansa am neuen Berliner Flughafen zu. In kurzer Zeit wird dieser Ausverkaufsabschluss für ein allgemeines Sinken der Löhne bei der Lufthansa sorgen. Es ist unbedingt notwendig, Löhne und Arbeitsbedingungen durch Klassenkampf zu verteidigen: Organisiert die Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Schluss mit der Spaltung zwischen Festangestellten, Leiharbeitern und befristet beschäftigten Arbeitern! Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarif! Für die Schmiedung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung in Verbindung mit dem Aufbau einer revolutionären Partei!

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

1929 schrieb Leo Trotzki, damals der Führer der Linken Opposition, die für den authentischen Bolschewismus und gegen die stalinistische Degeneration der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale kämpfte:

„Die Avantgarde des europäischen Proletariats in Person der Opposition teilt seinen gegenwärtigen Herrschern mit: Um Europa zu vereinen, ist es zuallererst notwendig, euch die Macht aus den Händen zu reißen. Das werden wir tun. Wir werden Europa vereinen. Wir werden es gegen die feindliche kapitalistische Welt vereinen. Wir werden es in einen gewaltigen Exerzierplatz des militanten Sozialismus verwandeln. Wir werden es zum Grundstein der sozialistischen Weltrevolution machen.“ („Disarmament and the United States of Europe“ [Abrüstung und die Vereinigten Staaten von Europa], Oktober 1929)

Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa würden zusammen mit der proletarischen Machtübernahme in den USA, in Japan und auf der ganzen Welt die Voraussetzungen für eine wirkliche internationale Arbeitsteilung in einer geplanten Wirtschaft schaffen und so die Produktivität der Gesellschaft enorm erhöhen. Durch die Herstellung wirklicher Gleichheit für die Völker Europas würden sie die Quelle der imperialistischen Kriege beseitigen, die Europa so oft schon dem Untergang nahe gebracht haben.

Die multiethnische deutsche Arbeiterklasse besitzt in ihren verschiedenen Bestandteilen aus den Mittelmeerländern, vom Balkan und aus Osteuropa – die oftmals militantere Klassenkampftraditionen mitbringen – eine lebendige Verbindung zu den Kämpfen der griechischen Arbeiter, der türkischen und kurdischen Arbeiter in der Türkei und zu Arbeitern in anderen Ländern. Entschlossener Klassenkampf deutscher Arbeiter würde beim französischen Proletariat gewaltigen Widerhall finden und wäre ein Leuchtturm für die Arbeiterklassen weltweit. Zentral für unsere Perspektive als Troztkisten ist die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der proletarischen Revolution. Dies hat sich die Internationale Kommunistische Liga und ihre deutsche Sektion, die SpAD, zur Aufgabe gemacht.■

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org

Nazimorde...

Fortsetzung von Seite 32

versuchen, die Wut über die kapitalistische Krise auf Minderheiten abzulenken. Andererseits gibt es in verschiedenen Ländern massiven Widerstand seitens der Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Kapitalisten, die die Kosten der Krise auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abwälzen. Der kapitalistische Staat schützt die Faschisten als Schocktruppen für den Fall, dass die normalen Mechanismen der bürgerlichen Demokratie von Betrug, Bestechung und polizeilicher Gewalt nicht mehr ausreichen, um die Arbeiterklasse niederzuhalten und die kapitalistische Ordnung zu garantieren.

In den letzten Jahrzehnten dienten die Faschisten der Bourgeoisie vor allem dazu, mit ihrem Mordterror rassistische Kampagnen voranzutreiben und zu konzertieren. Die dreiste Anknüpfung der NPD, am kommenden 1. Mai in Dortmund aufzumarschieren, wo diese Nazischläger vor zwei Jahren schon einmal eine DGB-Demo überfallen hatten, unterstreicht, dass die Faschisten die Todfeinde der gesamten Arbeiterbewegung sind. Die Faschisten müssen durch unabhängige Mobilisierungen der Arbeiterklasse an der Spitze aller potenziellen Opfer, unabhängig von der Bourgeoisie und ihrem Staat, gestoppt werden. Dieser Kampf muss ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes zum Sturz des Kapitalismus sein, der den Faschismus brütet.

Verfassungsschutz und die Führung der Nazis

Die Nazis Zschäpe, Mundlos und Bönhardt, die den Kern des NSU gebildet haben sollen – mittlerweile ist von 20 Unterstützern die Rede –, waren Teil der Jenaer Sektion des faschistischen „Thüringer Heimatschutzes“, der von einem V-Mann des Verfassungsschutzes (VS), dem thüringischen Landesvizevorsitzenden der NPD Tino Brandt, aufgebaut wurde. Allein über diesen V-Mann flossen bis 2001 der Naziszene 200000 DM Staatsgelder zu. Nachdem im Januar 1998 bei einer Polizeirazzia in einer von Zschäpe angemieteten Garage eine Bombenwerkstatt ausgehoben wurde, tauchten die drei ab, kurz nachdem ein Haftbefehl erlassen wurde. Zwischen 1998 und 1999 wurden sie von Thüringer Polizeifahndern aufgespürt, doch wie der MDR (18. November 2011) berichtete, wurde ein Spezialeinsatzkommando des Landeskriminalamtes (LKA) gestoppt und die Fahnder zurückgezogen. Als sich die beteiligten LKA-Beamten beschwerten, habe es ein Gespräch zwischen „hohen Vertretern des Innenministeriums“ und den Polizisten gegeben. In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (12. November 2011) berichtete der Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU) von einem Aktenvermerk eines LKA-Fahnders von 2001, worin dieser meinte, dass einer der drei Nazis durch eine Behörde gedeckt werde und eine Quelle des Verfassungsschutzes sei.

Beim Mord am 21-jährigen Halit Yozgat in Kassel am 6. April 2006 war ein VS-Mitarbeiter zugegen, der seit einigen Monaten in regelmäßigen Abständen dessen Internetcafé besucht hatte. Der VSler, Andreas Temme, verschwand heimlich vom Tatort, wurde aber durch DNS-Spuren ausfindig gemacht. Er ist bekanntermaßen ein Nazi und hat in seinem Heimatort Hofgeismar den Spitznamen „kleiner Adolf“. Schnell wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt und die Lüge verkündet, dass er bereits eine Minute vor dem Mord das Café verlassen hätte. Die Staatsanwaltschaft stellte 2007 die Untersuchungen ein und nun arbeitet er für die Bezirksregierung in Hessen. Angeblich hörte die Mordserie danach auf, zumindest verwendeten die Nazikiller nicht mehr dieselbe Pistole. Jetzt wird ein Mord an einem 68-jährigen türkischstämmigen Immigrantanten überprüft, dem im März 2006 vor einer Moschee in Rheda-Wiedenbrück ge-



Dortmund, 1. Mai 2009: Während im Hintergrund der Nazi-Mob, der DGB-Demo angriff, zuguckt, verprügeln Polizisten einen Immigrantanten, der Demo verteidigte

zielt in den Kopf geschossen worden war.

Als zwei der Nazikiller am 4. November nach einem Banküberfall die Verhaftung drohte, begingen sie unter dubiosen Umständen angeblich Selbstmord. Bei ihnen fand sich nicht nur die Schusswaffe, mit der die neun Immigrantanten und eine Polizistin erschossen worden waren, sie besaßen auch illegale „echte“ Papiere, wie sie nur staatliche Stellen ausstellen konnten. Zschäpe stellte sich am 8. November selbst.

Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens 2003 wurde die Zahl der V-Leute in der NPD laut VS erheblich reduziert, trotzdem sind dort laut *Spiegel* (11. Dezember 2011) heute 130 aktiv. Durch das V-Leute-System werden den Nazis nicht nur Gelder in geschätzter Millionenhöhe zugespielt (d. h. zusätzlich zu den offiziellen staatlichen Zuwendungen, die z. B. 2005 für die NPD 1,2 Millionen Euro und für die Republikaner 1,3 Millionen Euro betragen). Laut Bundeszentrale für politische Bildung (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2005) sind „nicht mehr als 15 Prozent V-Leute in den Vorständen der NPD, etwa 30 von 200“. In seltener Offenheit drückte das Bundesverfassungsgericht dies in seiner Begründung für die Einstellung des Verbotsverfahrens als „mangelnde Staatsfreiheit“ aus.

Bürgerlicher Staat nutzt Nazimorde zu rassistischer Hetze

Doch der bürgerliche Staat trägt nicht nur auf dieser Ebene Verantwortung für den Naziterror. Die polizeilichen Ermittlungen in der Mordserie und die sie begleitenden

3. Januarwoche 1933 / Nr. 3 Jahrgang - 10 Pf. -

PERMANENTE REVOLUTION

Wochenheft der Linken Opposition der KPD
 (Wochenheft der Linken Opposition der KPD)

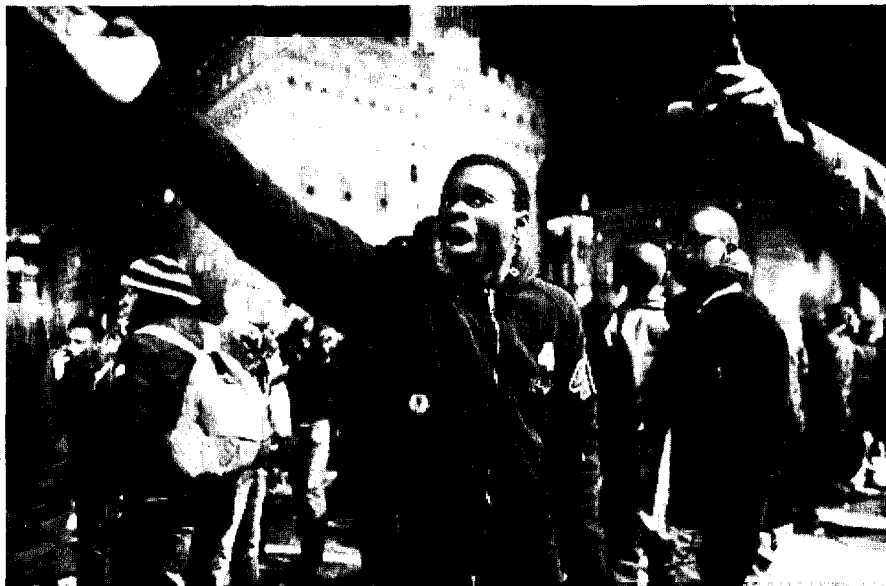
Arbeiter! Alarm!
Schützt und verteidigt die KPD!

LEO TROTSKI:
Offener Brief an die ZK der RKP

Aus dem Inhalt:
 ... die Gefahr der ...
 ... die Gefahr der ...
 ... die Gefahr der ...

Permanente Revolution, Zeitung der trotzkistischen Linken Opposition in den 30er-Jahren, verteidigte die KPD gegen die Nazi-Sturmtruppen, rief zur Arbeitereinheitsfront gegen Faschisten auf

Pressekampagnen haben jahrelang deren rassistischen Charakter vertuscht und die Opfer zu Tätern gemacht. Ja, die Nazimorde wurden dazu benutzt, rassistische Hetze zu betreiben und noch mehr Wasser auf die Mühlen des völkermörderischen Abschaums zu gießen. Allein die Bezeichnung der Mordserie in der bürgerlichen Presse als „Döner-Morde“ spricht Bände über die rassistische Verachtung, die diese kapitalistische Gesellschaft gegenüber ethnischen Minderheiten hegt. Noch Anfang dieses Jahres hetzte der



Florenz, 13. Dezember 2011: Spontane Demonstration von Immigranten, nachdem ein Faschist zwei senegalesische Straßenhändler ermordete, drei weitere Migranten schwer verletzte

Spiegel (21. Februar 2011) in dem Artikel „Düstere Parallelwelten“ – schon der Titel ein antimuslimischer Kampfbegriff – gegen „eine Allianz türkischer Nationalisten, Gangster und Geheimdienstler“, die hinter den Morden stecken soll.

Obwohl der einzige Zusammenhang zwischen den Opfern deren nichtdeutsche Abstammung war, wurde nie nach Nazis gefahndet – weil es politisch nicht gewollt war. Im Gegensatz dazu berichtete beispielsweise der *Kölner Stadtanzeiger* (9. Juni 2004) nach dem Bombenanschlag in der Keupstraße: „Einer immerhin glaubt es zu wissen: ‚Nach meiner Vermutung waren das die Rechtsextremen – wegen der Europawahlen am Sonntag‘, vermutet ein Gast im ‚Café Paradies‘, das unmittelbar neben der Unglücksstelle liegt, wie durch ein Wunder aber völlig unbeschadet geblieben ist. ‚Die El-Kaida kann es ja wohl nicht gewesen sein‘, sagt ein anderer Gast. ‚In der ganzen Keupstraße leben ja nur Muslime.‘“ Die rassistischen Namen der Sonderkommissionen der Polizei, „Bosporus“ und „Ali Baba“, waren Programm: Die Naziopfer wurden verleumderisch als mögliche Drogenhändler behandelt und es wurde gegen die kurdische PKK oder die „türkische Mafia“ als Verdächtige gehetzt und ermittelt. Bei der von den Nazis 2007 ermordeten Polizistin wurde das „Sinti-Roma-Milieu“ verdächtigt.

Damit wurde Hass und Misstrauen zwischen Immigranten verschiedener Nationalität und Herkunft gesät und allesamt als potenzielle Kriminelle diffamiert. Der Rassismus wird durch den „Krieg gegen den Terror“ angeheizt, mit dem der Staat die gesamte muslimische Bevölkerung als potenzielle Terroristen ins Fadenkreuz genommen hat. Die Kapitalisten und ihr Staat schüren Rassismus nicht nur, um Sündenböcke für die soziale Misere des Kapitalismus zu schaffen, sondern es geht ihnen ganz zentral darum, das multiethnische Proletariat zu spalten. So werden nicht nur die Arbeiter deutscher Herkunft gegen die Arbeiter aus der Türkei gestellt, mit dem Verbot der PKK und dutzender

kurdischer Vereine werden auch die türkischen gegen die kurdischen Arbeiter gestellt. Es ist daher essenziell für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, gegen jegliche rassistische Diskriminierung mobilzumachen. Das beginnt beim Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben. Weg mit allen „Ausländergesetzen“! Nieder mit den Antiterrorgesetzen, Nieder mit dem Paragraphen 129a,b! Nötig ist auch der Kampf gegen das Verbot der PKK und aller kurdischer Vereine und gegen das Verbot türkischer linker Organisationen wie der DHKP-C oder auch der THKP-C.

Sozialdemokratie wäscht kapitalistischen Staat weiß

Die Vertuschung von Nazimorden ist kein Einzelfall. Man denke an den Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Lübeck 1996, der sieben Kinder und drei Erwachsene tötete: Nur durch Kampagnen konnte die Abschiebung von Überlebenden verhindert werden, und anstatt der hochverdächtigen vier deutschen Nazis wurde der überlebende Libanese Safwan Eid jahrelang durch die Gerichte gezerrt, so dass er am Ende froh sein musste, überhaupt freizukommen. Oder der Brand in Ludwigshafen am 3. Februar 2008, bei dem vier Frauen und fünf Kinder türkischen Hintergrunds starben. Obwohl vieles auf einen Nazibrandanschlag hindeutete, konnte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), sofort keinen ausländerfeindlichen Hintergrund erkennen. Sechs Monate später wurden die Ermittlungen eingestellt. Weitere Brandanschläge auf von ethnischen Minderheiten bewohnte Häuser folgten. Seit Jahrzehnten haben Nazis in diesem Land Immigranten, Linke und andere ermordet. Bei der Mehrzahl dieser Morde ist der Nazihintergrund vom Staat vertuscht worden. Während die Amadeu Antonio Stiftung, benannt nach dem am 25. November 1990 von Nazis in Eberswalde zu Tode geprügelten angolanischen DDR-Vertragsarbeiter, von nachgewiesenen 182 Naziopfern zwischen 1990 und 2009 ausgeht, spricht die staatliche Statistik von 47. Die wahre Zahl ist mit Sicherheit noch größer.

Angesichts der staatlichen Verstrickung bemühen sich die bürgerlichen Parteien, mit der wichtigen Unterstützung durch die bürgerlichen Arbeiterparteien SPD und Linkspartei, um die nationale Einheit „aller Demokraten“, um das Ansehen des Staates im In- und Ausland wiederherzustellen. Auf einer Sondersitzung beschloss der Bundestag eine heuchlerische Entschließung, die Krokodilstränen um die Ermordeten vergoss, eine „Fehleranalyse“ versprach und die Prüfung eines NPD-Verbetes forderte. In seiner Rede jubelte Gregor Gysi über die Entschließung, die zum ersten Mal auch von der Linkspartei mit eingebracht werden durfte, „dass wir trotz unterschiedlichster Auffassung in vielen Fragen den Rechtsterroristen in Deutschland sagen: Ihr scheitert an uns gemeinsam von der CSU bis zur Linken.“ Dies veranschaulicht die Rolle der Sozialdemokratie – d.h. von SPD und Linkspartei –, Arbeiter, Immigranten und Jugendliche an dieses kapitalistische System zu ketten, das die Nazis brütet, und dem bürgerlichen Staat, der die Nazis schützt und unterstützt, politisch unterzuordnen. Darin besteht auch allgemeiner die Rolle dieser bürgerlichen Arbeiterparteien, deren Basis zwar in der Arbeiterklasse liegt, die aber ein völlig bürgerliches Programm haben.

Insbesondere Linkspartei und SPD fordern nun Aufklärung, die Linkspartei redet gar von der Auflösung des Verfassungsschutzes. Aber sie alle tun so, als handelte es sich

Insbesondere Linkspartei und SPD fordern nun Aufklärung, die Linkspartei redet gar von der Auflösung des Verfassungsschutzes. Aber sie alle tun so, als handelte es sich

um einen „Fehler“ des bürgerlichen Staates, der korrigiert werden kann. Das ist eine Lüge, die den bürgerlichen Staat und ihre eigene Rolle als dessen Verwalter weißwaschen soll. So sprechen weder SPD noch Linkspartei oder ihre linken Anhängsel darüber, dass Otto Schily (SPD) als Innenminister von 1998 bis 2005 der Oberboss von Verfassungsschutz, BKA und Polizei war, als diese einen der NSU-Mörder mit einem staatlichen Pass ausstatteten, die Nazi-Blutspur durch „Fehlermittlungen“ deckten und wer weiß was noch alles taten. Und es war der von der SPD/Grünen-Regierung 2001 in Deutschland begonnene „Krieg gegen den Terror“, der den antimuslimischen Rassismus verschärfte, der die Nazis nährt.

In dem Zusammenhang kann das Ausmaß an Heuchelei seitens des SPD-Sprechers Frank-Walter Steinmeier einfach nur Übelkeit erregen, der erklärte: „Es ist Aufgabe des Staates – darüber streiten wir hier nicht –, dafür zu sorgen, dass Bürger in Sicherheit leben können. In zentralen Funktionen hat unser Staat auf beschämende Art und Weise versagt, und das muss Konsequenzen haben.“ Steinmeier war als Chef des Bundeskanzleramtes verantwortlich für die fortgesetzte Gefangenschaft des deutschen Staatsbürgers Murat Kurnaz von 2002 bis 2006 in der US-Folterhöhle Guantánamo, weil eine „Präsidentenrunde“ der Chfs von VS, BND, BKA u. a. unter seinem Vorsitz das Auslieferungsangebot der US-Regierung 2002 nach Deutschland ablehnte. 2007 erklärte Steinmeier dem *Spiegel* diesbezüglich: „Ich würde mich heute nicht anders entscheiden.“

Was die Linkspartei angeht, so wurde auch in dem von ihr mitregierten Berlin immer wieder versucht, NPD-Aufmärsche mit brutalsten Polizeieinsätzen durchzuprügeln. Oftmals scheiterte dies am mutigen Widerstand linker Demonstranten, die die Naziaufmärsche blockierten und anschließend mit staatlichen Anklagen überzogen wurden. Im Frühjahr dieses Jahres konspirierten Innensenat und Polizei mit der NPD und hielten deren geplante Provokation, mitten durch den von Migranten und Linken bewohnten Berliner Stadtteil Kreuzberg zu marschieren, geheim. Als dann doch etwas an die Öffentlichkeit durchsickerte, schützte die Berliner Polizei den Aufmarsch von etwa 100 Nazis brutal mit Knüppeln und Pfefferspray vor den etwa 500 Linken, die sich mutig den Nazis in den Weg stellten und den Aufmarsch der Nazis verhinderten. 38 Linke wurden verhaftet. Damit sollte die eingewanderte und die gesamte arbeitende Bevölkerung der Stadt, die unter den sozialen Angriffen des Senats leidet, terrorisiert und eingeschüchtert werden.

Nein zu selbstmörderischen Verbotsappellen!

Im Gleichschritt mit SPD und Linkspartei rührt auch die reformistische DKP die Trommel für ein NPD-Verbot. So fordert sie die „Durchsetzung des im Grundgesetz und in den Strafgesetzen verankerten Faschismusverbots“ und das „Verbot der NPD“ (*junge Welt*, 1. Dezember 2011). Der Zweck des Grundgesetzes dieses kapitalistischen Staates besteht in der Verteidigung des Privateigentums der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln. Die Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat dienen nur dazu, diesen zu stärken und ihm noch mehr Kompetenzen zu geben. Das ist nicht nur ein Hohn angesichts der allseitigen Verwicklung staatlicher Behörden in den Naziterror, es bedeutet auch eine tödliche Bedrohung für die Linken, denn gegen sie werden Gesetze gegen „Extremismus“ umgesetzt werden, während sich an der Kumpanei zwischen Staat und Faschisten nichts ändern wird.

So wurde eine für den 26. November geplante kurdische Demonstration in Berlin verboten, da sie „eine Propagandaveranstaltung aus Anlass des Gründungstages der kurdischen Separatistenorganisation PKK“ sei. Seit 18 Jahren ist die PKK inzwischen verboten, unzählige Kurden sind vor Gerichte gezerrt worden, zahllose Kulturvereine wurden in der Folge verboten. Das PKK-Verbot war damals abgedeckt worden durch das kurz zuvor erfolgte Verbot der faschistischen FAP, deren Mitglieder sich aber ungestört in der NPD



Block der Spartakisten bei LLL-Demo in Berlin, Januar 2011. Internationalisten kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben

usw. reorganisieren konnten.

Wie Verbotsappelle die Arbeiter demobilisieren und politisch entwaffnen, zeigt das Beispiel von Dortmund. 2009 hatte der Dortmunder DGB-Bezirksvorsitzende Eberhard Weber im Vorfeld der 1.-Mai-Demo an die Polizei appelliert, die Demo vor den Nazis zu schützen. Als am 1. Mai 2009 bekannt wurde, dass 300 Nazischläger auf dem Weg zur Kundgebung waren, ließ die DGB-Leitung die Demo von 2500 Leuten einfach abmarschieren, wodurch die Kontingente der türkisch- und kurdischstämmigen Arbeiter am Ende des Demozuges kriminellerweise weitgehend allein gelassen wurden, wo sie gegen die Naziangriffe kämpften. Polizisten griffen brutal diejenigen Arbeiter an, die versuchten, die DGB-Demo zu verteidigen. Fernsehaufnahmen zeigten, wie ein Polizist in Kampfmontur einem Arbeiter, der am Boden festgehalten wird, voll gegen den Kopf trat. Die Drohung der NPD, am 1. Mai 2012 in Dortmund erneut aufzumarschieren, bestätigt die Warnung aus unserem Artikel „Nazischläger überfallen DGB-Mai-Demos“ (*Spartakist* Nr. 178, Juli 2009): „Die Arbeiter werden an den Staat des Klassenfeindes gekettet und dadurch werden die Nazis zu neuen, dreisteren Provokationen ermutigt.“

Die pseudotrotzkistische SAV appelliert an die bürgerliche Polizei mit dem Hinweis, dass auch eine Polizistin durch Nazis umgebracht wurde: „Jeder Beamte in Uniform muss sich die Frage stellen, warum er Befehle befolgt, die bedeuten, Nazis, die zu solchem Terror greifen, zu schützen, aber gegen Antifaschisten vorzugehen“ (*sozialismus.info*, 14. November 2011). Die Illusionen, die die SAV heute in den möglichen Antifaschismus der Polizei schürt, gleichen denen der SPD in der Zeit der Weimarer Republik. Trotzki führte in seinem bahnbrechenden Werk *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats* 1932 aus:

„Für den Fall wirklicher Gefahr setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen nicht auf die ‚Eiserne Front‘, sondern auf die preußische Polizei. Eine trügerische Rech-



Solingen, 5. Juni 1993: Protestkundgebung nach Brandanschlag, bei dem zwei Frauen und drei Mädchen grausam starben

Spartakist

nung! Der Umstand, dass die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen. Auch hier wird das Denken vom Sein bestimmt. Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. In den letzten Jahren hatten sich diese Polizisten weitaus mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten. Eine solche Schule hinterlässt Spuren. Und die Hauptsache: jeder Polizist weiß, dass die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt.“

RSB fordert Auflösung der Geheimdienste

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) gibt in *Avanti* (1. Dezember 2011) Lippenbekenntnisse gegen Illusionen in den bürgerlichen Staat ab, nur um im selben Atemzug welche zu schüren: „Die Hoffnung auf die staatlichen Repressionsbehörden, die den Faschismus bekämpfen sollen, ist vergeblich. Was wir brauchen, ist nicht das Verbot der NPD, sondern die Auflösung des Verfassungsschutzes. Wenn jede/r siebte FunktionärIn der NPD AgentIn des Verfassungsschutzes ist – das dürfte auch für andere Nazi-Strukturen gelten – dann müsste dessen Auflösung die NPD in eine tiefe Existenzkrise stürzen.“ Natürlich ist der Verfassungsschutz eine zu Recht verhasste Spitzelorganisation, deren dreckiges Handwerk gegen die Linke und Arbeiterbewegung gerichtet ist, wobei sie mit den Nazis kollaboriert. Aber der NPD durch die Auflösung des Verfassungsschutzes schaden zu wollen ist nur eine weitere Variante, den Arbeitern einzubläuen, dass man die Nazis ohne die eigene unabhängige Mobilisierung stoppen könnte.

Der bürgerliche Staat *insgesamt* dient nicht der „Wahrung freiheitlicher Bürgerrechte“, sondern der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Linke wie den RSB hatte Lenin vor Augen, als er 1917 in *Staat und Revolution* polemisierte:

„Nach Marx ist der Staat ein Organ der *Klassenherrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen ‚Ordnung‘, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen bedeute versöhnen und nicht, es den unter-

drückten Klassen unmöglich machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrückter zu gebrauchen.“

Die Bourgeoisie braucht die Nazis als Druck- und Terrormittel und hält sie in der Reserve. Deshalb versucht der bürgerliche Staat als Organ ihrer Klassenherrschaft, es der unterdrückten Klasse, dem Proletariat, unmöglich zu machen, ihre Reservearmee, ihre Nazis zu zerschlagen.

Die Klassenkontinuität des Vierten Reichs

Es wäre völlig illusorisch, zu glauben, dass der bürgerliche Staat auf die Bespitzelung der „eigenen“ Bevölkerung, insbesondere der Linken und Arbeiterklasse, verzichten würde. Selbst wenn der VS aufgelöst werden würde – wovon wir trotz der schreienden Beweise für VS-Nazi-Komplote weit entfernt sind –, würde die gleiche Drecksarbeit von den gleichen Leuten unter einem anderen Deckmantel fortgesetzt werden.

Die Geschichte von Polizei, BKA, BND und VS ist der beste Beweis: Nach der Zerschlagung des Dritten Reichs durch den heldenhaften Sieg der Roten Armee wurde in Westdeutschland der kapitalistische Staat wieder aufgebaut, und zwar mit den gleichen Leuten, die dem Dritten Reich gedient hatten. Der BND entstand aus Gehlens Nazi-Spionageorganisation „Fremde Heere Ost“, und allesamt, BKA, Polizei und VS, wurden mit Kadern der SS, Gestapo und des SD usw. aufgebaut.

Die Nazis wiederum könnten nach der Machtergreifung 1933 den existierenden kapitalistischen Staat der Weimarer Republik – Polizei, Reichswehr, Beamtentum – weitgehend übernehmen. Diese Kontinuität ist eine *Klassenkontinuität*, d.h. vom Zweiten Kaiserreich über Weimar, das Dritte Reich bis zum heutigen Vierten Reich herrscht kontinuierlich die Bourgeoisie durch ihren Staat – mit Ausnahme Ostdeutschlands, wo sie nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet und der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat DDR errichtet worden war.

Zwar wird von Linken einiges über die braune Vergangenheit von BND, VS usw. geschrieben. So war in der *jungen Welt* unter dem sozialpatriotischen Titel „Schande für Deutschland“ am 24. November 2011 zu lesen: „Seriösen Forschungen zufolge waren 500 bis 800 Naziaktivisten in den Ämtern für Verfassungsschutz tätig. Schlimmste Verbrechen wurden von einigen begangen.“ Aber die VS-Kollaboration mit dem NSU und der NPD wird dann lediglich als ein Überrest braunen Gedankenguts dargestellt: „Die Hauptursache des Versagens liegt vielmehr in der Ideologie, im Geist der Mitarbeiter der Verfolgungsorgane, die in der Unterschätzung der rechten Gefahr ihren Ausdruck findet, historische Wurzeln hat und auch nach Generationen noch wirkt.“ So wird die materielle Grundlage dieser Kontinuität vertuscht, nämlich die fortgesetzte Herrschaft des Kapitalismus.

Zwei weitere wichtige Punkte widerlegen, dass es sich lediglich um Nachwirkungen handelt. Erstens sind die Kollaboration zwischen Geheimdiensten und Faschisten, die staatliche Vertuschung von faschistischem Terror und der staatliche Schutz von Faschistenaufmärschen kein rein deutsches Phänomen, sondern wurden und werden in allen modernen kapitalistischen Staaten praktiziert, ob sie nun historisch Teil der faschistischen Achsenmächte, deren Opfer oder Teil der bürgerlich demokratischen Alliierten waren. Ob Britannien oder USA, Deutschland oder Italien: Überall terrorisieren Faschisten Linke und ethnische Min-

derheiten, und überall schützen die Bullen Faschistenaufmärsche und knüppeln ihre Gegner nieder.

Zweitens wurde mit der Enteignung der Bourgeoisie in der DDR die Wurzel des Faschismus, der Kapitalismus, beseitigt und der Staat eben nicht wie in Westdeutschland von den Naziverbrechern aufgebaut. Die Planwirtschaft in der DDR war ein historischer Fortschritt und ermöglichte enorme soziale Errungenschaften wie die Beseitigung von Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit, eine Gesundheits- und Altersversorgung für alle, Kindergärten, fast Vollbeschäftigung für Frauen usw. Jedoch war die politische Macht in der DDR wie in der Sowjetunion, nach deren Vorbild sie aufgebaut wurde, in den Händen einer bürokratischen Kaste, die die Lüge verbreitete, der Sozialismus könne (jeweils) in einem Land aufgebaut werden.

Kapitalistische Wiedervereinigung gab Naziterror Auftrieb

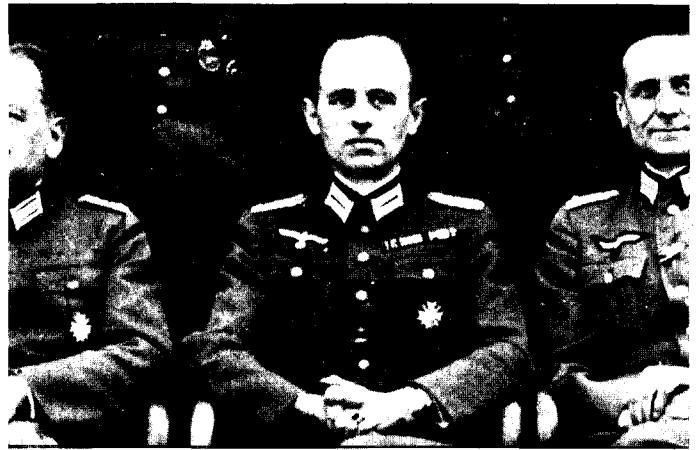
In der im Herbst 1989 beginnenden proletarisch-politischen Revolution kämpften wir damals mit all unseren Kräften, um die Arbeiter gegen die Konterrevolution zu mobilisieren. Damals krochen auch die Nazis aus ihren Rattennestern. Sie waren gegen den Arbeiterstaat und seine gesellschaftlichen Grundlagen gerichtet, während sie im kapitalistischen „demokratischen“ Westen vom Staat geschützt werden, weil sie seine gesellschaftlichen Grundlagen, das Privateigentum an Produktionsmitteln, verteidigen. Auf der von uns initiierten Einheitsfrontkundgebung mit der SED-PDS gegen die Nazischändung des Treptower Ehrenmals für die im Kampf um die Befreiung gefallenen Soldaten der Roten Armee warnten wir:

„Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist aber die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten.“ (Spartakist Nr. 66, 3. Januar 1990)

Tatsächlich demonstrierte die SPD im Süden der DDR Seite an Seite mit Nazis, die die Demos von Roten gesäubert hatten, mit nationalistischen konterrevolutionären Losungen für „Deutschland einig Vaterland“.

Infolge der Konterrevolutionen von 1990 bis 1992 in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion ging die soziale Verelendung von Ostberlin bis Moskau mit einem mörderischen Aufstieg von Nationalismus und Naziterror einher. In Deutschland wurde nach monatelanger rassistischer Hysterie gegen Flüchtlinge im Sommer 1992 das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen staatlich genehmigt, wo ein aufgepeitschter Nazimob unter den Augen der bestehenden Polizei ein Flüchtlingswohnheim terrorisierte und schließlich versuchte, die Flüchtlinge zu verbrennen (siehe Spartakist Nr. 97, September 1992). Der SPD-Parteivorstand stimmte unter führender Beteiligung von Oskar Lafontaine zur gleichen Zeit mit den Petersberger Beschlüssen der faktischen Abschaffung des Asylrechts zu. Es folgten die Nazibrandmorde in Mölln und Solingen. Genau vor diesen Folgen haben wir 1989/90 in unserem Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gewarnt und für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch proletarisch-politische Revolution in der DDR und sozialistische Revolution in Westdeutschland gekämpft.

Die Nazis haben heute das Gewicht einer Fliege im Vergleich zu den Gewerkschaften, die Millionen deutscher, jugoslawischer, kurdischer und türkischer Arbeiter und deren Kinder und Enkel umfassen. Die deutsche Bourgeoisie würgt der arbeitenden Bevölkerung in den hoch verschul-



Gehlen 1944, Spionagechef der „Fremden Heere Ost“, gerichtet gegen die Sowjetunion, später BND-Chef

deten EU-Ländern wie Griechenland, Irland usw. im Zusammenspiel mit den einheimischen Kapitalistenklassen brutale Kürzungspakete rein, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Krise Deutschland wieder erreicht. Dann werden die Angriffe auch wieder verschärft werden. Das wird Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse hervorrufen, jedoch auch rassistischer Demagogie und den Nazis Zulauf verschaffen. Die Nazibrut muss zertreten werden, solange sie noch relativ klein ist!

Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder mobilisieren und an der Spitze aller potenziellen Opfer der Faschisten mit disziplinierten Einheitsfrontaktionen Naziprovokationen unabhängig von den Kapitalisten und ihrem bürgerlichen Staat zerschlagen. Notwendig sind ethnisch integrierte Arbeiterverteidigungsgruppen zur Verteidigung von Gewerkschaften und deren Kundgebungen, Streiks und Einrichtungen und zur Verteidigung von Immigrantenvierteln usw. Es ist das kapitalistische Elend, das diese Brut züchtet, und daher muss der Kampf gegen den Naziterror untrennbar mit dem Kampf zum Sturz des Kapitalismus durch sozialistische Revolution verbunden werden. Das erfordert einen Bruch mit der sozialdemokratischen Politik der Appelle an den Staat und die Schmedung einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale.■

Auf Türkisch erhältlich

Türkei: Frauen und permanente Revolution

Veröffentlicht am 24. April 2011

0,20 € (8 Seiten)

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



SPARTAKIST

Bürgerlicher Staat, Medien vertuschen Nazimorde Viertes Reich und seine Nazis



Alexander Wittke



Spartakist

10. Dezember 2011 in Kassel (links) und Berlin: Protestaktionen gegen die Nazimorde und die jahrelange Vertuschung durch den bürgerlichen Staat

Wie Anfang November bekannt wurde, hat von 2000 bis 2006 eine Naziterrorgruppe, die sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannte, acht türkisch- bzw. kurdisch- und einen griechischstämmigen Immigranten ermordet, wobei immer aus ein und derselben Pistole geschossen wurde. Unter den Augen des bürgerlichen Staates wurden Enver Simsek, Abdurrahim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Habil Kilic, Mehmet Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasik und Halit Yozgat regelrecht hingerichtet. Auch der Bombenanschlag von 2004 in der vor allem von Immigranten bewohnten Keupstraße in Köln, bei dem 22 Menschen teilweise schwer verletzt wurden, geht auf das Konto der Nazikiller. Nun ist die Rede von Verbindungen zwischen dem NSU und der Naziszene sowohl in Ludwigshafen, wo 2008 bei einem Brandanschlag acht türkischstämmige Bewohner starben, als auch im saarländischen Völklingen, wo zahllose Brandanschläge auf Wohnhäuser von Immigranten in den letzten fünf Jahren verübt wurden und 20 Menschen verletzt wurden. Verbindungen zwischen dem Verfassungsschutz und der Nazi-Mörderbande sind ans Licht gekommen, und die Wut über die tiefe Verstrickung des bürgerlichen Staates in den Nazimordterror ist gewaltig, nicht nur bei ethnischen Minderheiten.

Letzten Sommer erst wurde der Massenmord des norwegischen Faschisten Breivik an sozialdemokratischen Jugendlichen und anderen als „Einzeltat“ abgetan und Breivik für „verrückt“ erklärt. Im italienischen Florenz ermordete Mitte Dezember ein Faschist zwei Händler aus dem Senegal und verletzte drei weitere Migranten. Auch hier sprach der Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi, von der „wahnsinnigen Tat eines Einzelnen“, obwohl der Mörder der faschistischen Gruppe Casa Pound zumindest nahestand. Schon der faschistische Anschlag auf das Oktoberfest 1980, bei dem 13 Menschen starben und 211 verletzt wurden, wurde vom Staat als Tat eines „wahnsinnigen Einzelnen“ dargestellt, die Verbindungen zur Nazi-„Wehrsportgruppe Hoffmann“ abgetan. Wie wir in *Spartakist* Nr. 33, November 1980, schrieben: „Oberste Priorität war es, die normale Tagesordnung im Wahlkampf wieder durchzuziehen: die deutsche faschistische Vergangenheit ist ‚bewältigt‘, der ‚eigentliche‘ Terror kommt von links – gegen den Staat.“

Vor dem Hintergrund der andauernden und sich vertiefenden Finanzkrise gibt es in ganz Europa ein Wachstum von rechtspopulistischen und faschistischen Parteien, die mit antimuslimischer Demagogie und rassistischem Terror

Fortgesetzt auf Seite 27

**Für Arbeitermobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!
Nein zu Verbotsappellen an den bürgerlichen Staat!**